

Frieden wahren, fördern und erneuern

Eine Denkschrift
der Evangelischen Kirche in Deutschland

EKD

**Gütersloher Verlagshaus
Gerd Mohn**



Frieden wahren, fördern und erneuern

Eine Denkschrift
der Evangelischen Kirche in Deutschland



Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn

Herausgegeben von der Kirchenkanzlei
der Evangelischen Kirche in Deutschland

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Frieden wahren, fördern und erneuern:

e. Denkschr. d. Evang. Kirche in Deutschland /
[hrsg. von d. Kirchenkanzlei d. Evang. Kirche
in Deutschland]. Gütersloh: Gütersloher
Verlagshaus Mohn, 1981.

ISBN 3-579-01975-9

NE: Evangelische Kirche in Deutschland

ISBN 3-579-01975-9

© Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1981

Gesamtherstellung: Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	10

TEIL A

I. Akute Gefahren für den Frieden	13
1. Die Verschärfung der Lage	13
2. Die Krise der Entspannung	14
a) <i>Die Phase der Entspannung</i>	14
b) <i>In Richtung auf Konfrontation</i>	15
c) <i>Die Rüstungsspirale</i>	17
3. Weltweite Risiken	18
a) <i>Verschuldung der rohstoffarmen Länder,</i> <i>Hunger und Arbeitslosigkeit</i>	18
b) <i>Die Situation der Schwellenländer</i>	19
c) <i>Der Nahost-Konflikt</i>	20
d) <i>Verschärfung der öffentlichen</i> <i>Auseinandersetzung in Westeuropa</i>	21
4. Rüstung und Sicherheit	21
a) <i>Kein Durchbruch zur Abrüstung</i>	21
b) <i>Gleichgewicht</i>	22
c) <i>Vertrauensbildende Maßnahmen</i>	24
II. Politische Bemühungen um Sicherung des Friedens nach 1945	26
1. Für eine internationale Friedensordnung	26
a) <i>Rechtliche Voraussetzungen</i>	26
b) <i>Blockbildung und Hochrüstung</i>	27

2. Die Bestrebungen der Rüstungskontrolle	27
a) <i>Aktionen der Vereinten Nationen</i>	27
b) <i>Nichtverbreitung von Atomwaffen</i>	28
c) <i>Rüstungsbegrenzung</i>	30
d) <i>Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa</i>	31
III. Kirchliche Stimmen zur Friedensdiskussion	32
1. Die Kontroversen um den kirchlichen Beitrag zum Frieden	32
a) <i>Die »Heidelberger Thesen« über »Krieg und Frieden im Atomzeitalter« 1959</i>	33
b) <i>Die Formel »Friedensdienst mit und ohne Waffen« vom Deutschen Evangelischen Kirchentag 1967</i>	34
c) <i>Die Denkschrift »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« 1965</i>	34
d) <i>Weitere Äußerungen der Evangelischen Kirche in Deutschland</i>	35
2. Die gegenwärtige Friedensdiskussion in der Kirche . . .	36
a) <i>Anstöße des Ökumenischen Rates der Kirchen</i> . . .	36
b) <i>Friedensbemühungen der deutschen Kirchen in West und Ost</i>	37
3. Vier innerkirchliche Initiativen	39
a) <i>»Ohne Rüstung leben«</i>	39
b) <i>»Frieden schaffen ohne Waffen«</i>	40
c) <i>»Sicherung des Friedens«</i>	40
d) <i>»Schritte zur Abrüstung«</i>	41

IV. Zur christlichen Orientierung in der Friedensaufgabe	43
1. Das christliche Gebet um den Frieden und die Hoffnung des Glaubens	43
a) <i>Der Friede Gottes</i>	43
b) <i>Die Versöhnungsbedürftigkeit der Welt</i>	44
c) <i>Der Dank für Gottes Barmherzigkeit</i>	45
d) <i>Die Vergebung als Kraft des Friedens</i>	45
e) <i>Die Fürbitte für alle Menschen</i>	46
f) <i>Die Gemeinschaft Gottes mit den Menschen</i>	47
2. Verantwortung für den Frieden	48
a) <i>Friede als Bejahung des gemeinsamen Lebens</i>	49
b) <i>Einstellungen zum Frieden</i>	51
c) <i>Die politische Sicherung des Friedens</i>	52
d) <i>Der Krieg und der Wille Gottes</i>	54
V. Die Friedensaufgabe der Kirche – jetzt	56
1. Unsere kirchlichen Spannungen fruchtbar machen	56
a) <i>Die heutige Geltung der »Heidelberger Thesen«</i>	56
b) <i>Der Sinn der Formel »Friedensdienst mit und ohne Waffen«</i>	58
2. Für den Frieden bilden	61
a) <i>Friede als Lebensbedingung des technischen Zeitalters</i>	61
b) <i>Gewöhnung an den Zustand atomarer Bedrohung verhindern</i>	62
c) <i>Zu bewußtem und verständigem Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen anleiten</i>	62
d) <i>Die Erfüllung der staatlichen Friedensaufgabe kritisch und konstruktiv begleiten</i>	64
e) <i>Bereitschaft zu Kompromissen wecken</i>	65
f) <i>Öffentliche Darstellung von Gewalt unterbinden</i>	66
g) <i>Lerngelegenheiten für den Frieden nutzen</i>	66

3. Den Sinn für Näherungslösungen stärken	67
a) <i>Internationale Friedensordnung</i>	67
b) <i>In Richtung auf umfassende Kooperation</i>	70
c) <i>In Richtung auf ein typisch defensives Verteidigungskonzept</i>	71
d) <i>In Richtung auf effektive Abrüstung</i>	71
4. Gemeinschaft praktizieren	73
a) <i>In unserem eigenen Land</i>	73
b) <i>In und zwischen den Bündnissystemen</i>	74
c) <i>Im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen</i>	75

ANHANG

A. Die »Heidelberger Thesen« von 1959	76
B. Zusammenfassende Stellungnahme der Deutschen Arbeitsgruppe der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (CCIA) zur Bonner Konsultation über »Militarismus und Wettrüsten« vom 17. September 1979	88
C. Quellennachweis..	96

Vorwort

Ernste Sorge um den Frieden bestimmt gegenwärtig das Bewußtsein vieler Menschen. Akute Krisen in verschiedenen Teilen der Welt haben Kriegsfurcht ausgelöst. Die Spannung zwischen den großen Machtblöcken ist gewachsen. Die Rüstung, die der Sicherung des Friedens dienen soll, wird immer mehr auch als Gefährdung des Friedens angesehen. Die Kosten, die sie verschlingt, stehen in einem schreienden Mißverhältnis zum Elend in der Welt. Aber der Weg zu ihrer Verminderung ist politisch umstritten. Eine tiefgreifende Kontroverse über die Frage, wie Christen dem Frieden dienen sollen, durchzieht auch unsere Kirche.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ist seiner Kammer für Öffentliche Verantwortung dankbar, daß sie sich der schwierigen Aufgabe gestellt hat, für diese Auseinandersetzung eine Orientierungshilfe zu erarbeiten. Die Mitglieder der Kammer haben aus den gegensätzlichen Positionen dieser Kontroverse heraus einen Konsens darüber erzielt, was in der Kontinuität des Zeugnisses unserer Kirche für den Frieden gegenwärtig nach den verschiedenen Seiten zu bedenken ist. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich diesen Konsens zu eigen gemacht.

Es versteht sich von selbst, daß dies sowohl in der Kammer als auch im Rat eine hohe Bereitschaft zum Kompromiß verlangte. Für das Zeugnis und den Dienst der Kirche für den Frieden ist es entscheidend wichtig, daß die Gegensätze in der ethischen und politischen Beurteilung aufeinander bezogen werden. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hofft, mit dieser Denkschrift hierfür eine Hilfe leisten zu können und auf diese Weise das christliche Zeugnis und den christlichen Dienst für den Frieden zu fördern.

Oktober 1981

D. Eduard Lohse
Vorsitzender des Rates
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Einleitung

Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist eine Aufgabe, die der Grundrichtung der christlichen Botschaft entspricht. Die Verkündigung des Evangeliums von der Versöhnung ermutigt und stärkt die Suche nach Wegen des Friedens unter den Menschen. Im Gebet um den Frieden bringt die Kirche die Angefochtenheit und Widersprüchlichkeit menschlicher Friedensbemühungen vor Gott, im Vertrauen auf seine Hilfe. Die Hoffnung des Glaubens läßt sich durch die Gefährdungen und Verletzungen des Friedens in unserer Welt nicht lähmen. Darum nehmen die evangelischen Christen in unserem Lande an der Sorge um den Frieden lebhaften und leidenschaftlichen Anteil und wenden der Verantwortung für den inneren und äußeren Frieden große Aufmerksamkeit zu. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat deswegen seine Kammer für Öffentliche Verantwortung beauftragt, eine Stellungnahme zu den weltpolitischen Problemen, die in der gegenwärtigen Friedensdiskussion strittig sind, zu erarbeiten sowie Perspektiven einer christlichen Orientierung in der Friedensaufgabe zu formulieren und Überlegungen darüber anzustellen, was die Kirche für den Frieden tun könne.

Dies geschieht auf dem Hintergrund einer Situation, die die Zerbrechlichkeit des Weltfriedens erneut hat erkennbar werden lassen. Als um die Jahreswende 1979/80 die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte und im Iran Bürger der USA unter Mißachtung ihres diplomatischen Status als Geiseln festgehalten wurden, breitete sich das Gefühl aus, daß die Waffenruhe, die wir hierzulande seit 36 Jahren genießen, beängstigend rasch in kriegерische Verwicklungen umschlagen könnte. Jede militärische Konfrontation droht aber heute um sich zu greifen und ein nukleares Inferno zu entfesseln. Im

Dezember 1979 hat die NATO ihren Beschluß zur Herstellung und Aufstellung von nuklearen Mittelstreckenwaffen gefaßt und ihn mit dem Angebot an den Warschauer Pakt gekoppelt, über die Begrenzung von Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. In den Vereinigten Staaten ist seitdem eine Wendung zu einer Politik militärischer Stärke offenkundig geworden. Die Gefahr einer neuen Drehung in der Rüstungsspirale hat große Beunruhigung bei vielen in der Friedensfrage engagierten Menschen ausgelöst. Während sich die Kammer für Öffentliche Verantwortung mit dem ihr gestellten Auftrage befaßte, wuchs die Friedensbewegung rasch an und rückte die Fragen von Abrüstung und Sicherheit in den Vordergrund der öffentlichen und kirchlichen Auseinandersetzung.

Die Kammer gelangte zu der Überzeugung, daß eine Begrenzung des Wettrüstens und neue Anstrengungen für eine Abrüstung wegen der Risiken der Rüstungstechnik vorrangig sind. Sie erkannte aber auch die Schwierigkeiten, eine Rüstungsbegrenzung zu verwirklichen, wenn das militärische Gleichgewicht der Kräfte gewahrt bleiben soll. In der Kammer herrscht keine Einmütigkeit darüber, ob deshalb jetzt ein Punkt erreicht sei, an dem Schritten zur Rüstungsbegrenzung auch auf Kosten des militärischen Gleichgewichts unbedingter Vorrang zu geben sei. Es besteht aber große Übereinstimmung darüber, daß eine zukunftsweisende Lösung der Rüstungsproblematik nur im Rahmen einer politischen Ordnung des Friedens und der friedensgefährdenden Weltkonflikte gefunden werden kann.

Von den Überzeugungen einer christlichen Orientierung in der Friedensfrage her geht es um die Wiedergewinnung der politischen Perspektive in den weltweiten Gegensätzen und Konflikten, um neue Wege eines politischen Austrags von Spannungen im Sinne umfassender Kooperation mit dem Ziel einer internationalen Friedensordnung. Die Werkzeuge militärischer Bedrohung dürfen sich nicht als Instrumente der Politik verselbständigen, weil sonst die unterschiedliche Einschätzung der Stärke des Gegners und der Fortschritt der Waffentechnik zu einer permanenten Steigerung der Rüstung verleiten. Deshalb besteht in der Kammer eine breite Übereinstimmung darüber, daß nicht nur vorrangig nach Kriterien für ein Minimum gegenseitiger Abschreckungsnotwendigkeit gesucht werden

muß, sondern darüber hinaus friedensfördernde Bemühungen um eine politische Ordnung im Zusammenleben der Völker das Ziel der neuen Friedensdiskussion sein sollten, auf die sich alle Anstrengungen richten müssen. Auch die innerkirchlichen Auseinandersetzungen und gegensätzlichen Positionen müssen im Lichte dieser Aufgabe kritisch überprüft werden.

Die Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Öffentliche Verantwortung ist sich wohl bewußt, daß sie für die von ihr gesehene Aufgabe nur Anregungen und Perspektiven formulieren kann; sie stellt mit ihrer Ausarbeitung Fragen an die Politiker, deren Beantwortung noch offen ist, und nimmt Erwartungen auf, denen sie nicht voll befriedigend genügen kann. Sie konnte und wollte es nicht als ihre Aufgabe ansehen, durch eine Stellungnahme zur aktuellen, hochspezialisierten Diskussion um das militärische Gleichgewicht und die Notwendigkeit von Modernisierungen der Rüstung der Blickverengung auf die militärische Dimension der Kriegsverhinderung und Friedenssicherung weiteren Vorschub zu leisten. So notwendig diese Diskussion auch ist, so sah die Kammer ihre vorrangige Aufgabe doch darin, eine erneute und hoffentlich weiterführende Diskussion der politischen Verantwortung für den Frieden anzuregen. Sie legt deshalb dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Denkschrift im eigentlichen Sinne vor: eine Ausarbeitung, die den Christen und Gemeinden und der Öffentlichkeit Hilfe und Anstoß zum Bedenken, zur Urteilsbildung und zur Klärung der Verantwortung für den Frieden geben soll sowie bestimmte Anregungen, was Kirchen und Christen jetzt für den Frieden tun können.

TEIL A

I. Akute Gefahren für den Frieden

1. Die Verschärfung der Lage

Die Furcht vor einem Krieg ist in West und Ost mit dem Beginn der achtziger Jahre rasch gewachsen. Das zeigen nicht nur Meinungsbefragungen, es schlägt sich auch in der intensiven, zum Teil polarisierten Diskussion, auch in großen Demonstrationen nieder. Eine Protestbewegung gegen die ungebrochene Fortsetzung der bisherigen Sicherheitspolitik hat sich formiert. Aktuelle Ereignisse haben längerfristige Entwicklungen, die den Frieden bedrohen, deutlicher als zuvor öffentlich bewußt gemacht, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den westeuropäischen Nachbarstaaten, nicht zuletzt auch in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Rüstung hat weltweit in den vergangenen Jahren ungeheuer zugenommen. Bemühungen, die Eskalation der Rüstung durch politische Vertrauensbildung, Offenlegung der Waffenpotentiale und vereinbarte Kontrollmechanismen zu verhindern, sind bisher gescheitert.

Das Mißtrauen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion hat sich in den letzten Jahren wieder vertieft. Im Westen verstärkt sich der Eindruck, daß die Sowjetunion ihre Rüstung in einer Weise weiter ausbaut, die nicht durch ihre Sicherheitsinteressen zu rechtfertigen ist.

In Moskau wuchs die Angst vor einer Einkreisung durch die vier außersowjetischen Mächte: USA, China, Japan und Westeuropa. Auch herrscht dort die Befürchtung vor, daß der Westen seinen Vorsprung in der Rüstungstechnik weiter auszubauen versucht.

Im Westen ist die Besorgnis über die Stationierung eines neuen mobilen Raketentyps mit größerer Reichweite (SS 20) in Osteuropa gewachsen. In Westeuropa besteht die Befürchtung, die Sowjetunion

betreibe – unterhalb der Schwelle des Risikos eines nuklearen Krieges – eine Politik der Verängstigung und Einflußerweiterung. Die Sowjetführung sieht im NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 über die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern in Europa (Pershing II und Cruise missiles), die weite Teile der westlichen Sowjetunion einschließlich der sowjetischen Hauptstadt vernichten können, und im Beschluß zur Herstellung von Neutronenwaffen neuartige Bedrohungen. In Westeuropa ist die Furcht, daß der dadurch beschleunigte Rüstungswettlauf außer Kontrolle geraten und zur Vernichtung Europas führen könnte, gewachsen. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan am 27. Dezember 1979 schreckte die öffentliche Meinung nicht nur bei den Westmächten, sondern weltweit auf. In den USA diente er den Kräften als Bestätigung, die schon vorher auf verstärkte Rüstungsanstrengungen gedrängt hatten. Das Gefühl nationaler Demütigung durch die langandauernde Geiselnahme im Iran gab dem Verlangen nach einer Politik der Stärke zusätzlich Auftrieb.

Die wirtschaftliche Krise und die Durchsetzung freier Gewerkschaften in Polen haben die innere Stabilität des Ostblocks verringert und seine Sensibilität nach außen dementsprechend erhöht. Dadurch verengt sich auch der Handlungsspielraum der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Die Entspannung gerät in eine Krise.

2. Die Krise der Entspannung

a) Die Phase der Entspannung

Die Politik zwischen den Weltmächten und ihren Verbündeten stand seit Mitte der sechziger Jahre im Zeichen der Entspannung. Auch in diesen Jahren hat es eine lange Reihe blutiger Kriege und Völkermorde gegeben, vor allem im Vorderen Orient, in Südostasien und in Afrika. In vielen Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas hat nicht zuletzt der Zusammenstoß von repressiver und revolutionärer Gewalt die Form von Bürgerkriegen angenommen.

Trotzdem schienen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion entschlossen, miteinander im Gespräch zu bleiben, um ihre widerstrei-

tenden Interessen auszugleichen und ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen.

Auch der Krieg in Vietnam hat diesen Prozeß nicht aufhalten können: Während dort die Kämpfe tobten, kam es in Europa zu Verträgen zwischen der Bundesrepublik Deutschland auf der einen, der Sowjetunion, Polen und der Deutschen Demokratischen Republik auf der anderen Seite, die zu einer deutlichen Vermehrung von Kontakten, einem Wandel in den Beziehungen und einem Abbau von Ängsten führten. Dies gilt in noch höherem Maße für das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971. Am 26. Mai 1972 wurde das Abkommen zur Begrenzung atomarer Interkontinentalraketen (SALT I) geschlossen. Das 1979 unterzeichnete weiterführende Abkommen SALT II ist zwar in den USA nicht ratifiziert worden, seine Bestimmungen wurden aber bisher beiderseits eingehalten.

b) In Richtung auf Konfrontation

Viele Erwartungen, die an eine auf Entspannung gerichtete Politik geknüpft waren, haben sich nicht erfüllt. Einzelne Schritte und Methoden einer solchen Politik blieben, wie auch die Frage nach den Ursachen der Spannung, umstritten. Aus der weltpolitischen Gesamtszene wirken neue Spannungen auf unsere Region zurück, in der die beiden Weltmächte einander am unmittelbarsten konfrontiert sind. Entspannungspolitik wird in Zukunft noch schwieriger sein als seither.

Die Bilanz der vergangenen Jahre der Entspannungspolitik ergibt für die USA und ihre Verbündeten einen weitgehenden Mißerfolg in den Bemühungen um Rüstungskontrolle. Die Europäer jedoch haben gute Erfolge in der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit sowie in der Intensivierung der Kontakte und des kulturellen Austauschs mit den Ostblockstaaten zu verzeichnen. Besonders wir Deutschen verdanken diesen Erfolgen Verbesserungen in der Situation West-Berlins und im Verkehr mit den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik. Die unterschiedliche Bilanz begründet jedoch verschiedene Zukunftsperspektiven von Europäern und Amerikanern.

Enttäuschung über die Stagnation des Entspannungsprozesses ist in

unserem Land weit verbreitet. Sie unterstützt die Kriegsfurcht und verstärkt die Suche nach anderen politischen Wegen.

In der Sowjetunion und in anderen Staaten des Ostblocks werden auch von der dortigen Bevölkerung zunehmend die Schwierigkeiten des herrschenden Systems wahrgenommen, mit grundlegenden Aufgaben einer modernen Industriegesellschaft fertigzuwerden. Ein Hauptproblem besteht in der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Mißerfolge in der Wirtschaft, so vor allem in der Landwirtschaft der Sowjetunion und anderer Ostblockstaaten wie Polen und Rumänien, machen das politische und wirtschaftliche System offenbar instabil.

Die auf Entspannung gerichtete Politik hat nicht nur das Netz gemeinsamer Interessen von Ost und West enger geknüpft. Sie hat zugleich die gesellschaftliche Ordnung von Staaten des Ostblocks aufgelockert. Bürger vertreten mit neuem Selbstbewußtsein ihre Interessen gegenüber der politischen Führung, fordern mehr Freiheit und klagen – unter Berufung auf die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 in Helsinki – Verstöße gegen Menschenrechte an.

Die politischen Erschütterungen in Staaten des Warschauer Paktes verstärken die Gefahr, daß politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten kompensiert werden durch militärische Stärke, militärische Präsenz oder auch militärische Aktion.

Die Sowjetunion hat die Phase der Entspannungspolitik auch zu Rüstungsanstrengungen genutzt, durch die sie ihre militärische Machtposition gegenüber dem Westen verstärkt hat. Dazu kommt, daß die Sowjetunion den Vereinigten Staaten in Ländern der Dritten Welt in einer Reihe gewichtiger Fälle wie Kuba, Angola, Mosambik, Südjemen, Äthiopien und Südvietnam den Rang ablief, wobei sie sich teilweise Fehler der westlichen Politik zunutze machte. Freilich wurde dafür in anderen Fällen, so in China, Nordkorea, Ägypten, Somalia, Mali, die sowjetische Position entscheidend geschwächt.

Durch die politischen Mißerfolge in Südostasien, Zentralamerika und Afrika und die nationale Demütigung im Iran, durch wirtschaftliche Rückschläge und hohe Arbeitslosigkeit wurde das Selbstbewußtsein der USA als westliche Führungsmacht verletzt.

Die USA haben sich unter dem Eindruck der Möglichkeit, politisch gedemütigt und militärisch überholt zu werden, zu größeren militärischen Anstrengungen und zu einer Politik der militärischen Stärke entschlossen, die sich auch in der Haushaltspolitik niederschlägt. Dabei dürfen die Stimmen, die nicht mehr nur militärisches Gleichgewicht, sondern militärische Überlegenheit fordern, nicht unterschätzt werden, auch wenn deren Einfluß auf die derzeitige amtliche Politik unterschiedlich beurteilt wird. Es kommt darauf an, daß diese Zielsetzung die praktische Politik nicht bestimmt, sondern daß durch die fest zugesagten Verhandlungen eine andere Entwicklung eingeleitet wird. Sonst erscheint ein beschleunigter Rüstungswettlauf als unvermeidlich.

c) Die Rüstungsspirale

Während in den siebziger Jahren der Gedanke an begrenzte atomare Auseinandersetzungen wegen der unübersehbaren Vernichtungsbedrohung nahezu vollkommen ausgeschlossen wurde, gewinnt er als Option in strategischen Überlegungen aufgrund der verfeinerten Waffentechnik neuerdings an Boden. Die inzwischen verfügbaren Atomwaffen lassen sich zielgenau und in ihrer Wirkung eingegrenzt auf Punktziele von strategischer Bedeutung richten. Doch nicht nur die größere Zielgenauigkeit der atomaren Waffen, sondern auch der erhöhte Wirkungsgrad konventioneller Waffen lassen die Schwelle zum Einsatz der Waffen niedriger werden. Dies kann einerseits die Abschreckungswirkung gegenüber konventionellen Angriffen erhöhen, verstärkt aber andererseits die Gefahr der Eskalation. In dieser Situation wird die Funktion dieser Waffen für die Abschreckung wie auch das Konzept der Abschreckung selbst problematisch.

Trotz des rationalen Interesses, das beide Seiten nicht nur an Begrenzung und kooperativer Steuerung der Rüstung, sondern auch an effektiver Abrüstung zur Verminderung der durch die Hochrüstung verursachten Kosten und Gefahren haben müßten, ist bisher die Rüstungsschraube immer höher gedreht worden. Weltweit liegen die Rüstungsausgaben über 1000 Milliarden DM im Jahr. Beide Seiten verfügen über ein Vielfaches des zur Vernichtung des Gegners genügenden Waffenpotentials. Unsicherheit über unaufgeklärte Kapazitäten des Gegners hat stets das ihre dazu beigetragen, das Bemühen

um Erweiterung der eigenen Bedrohungs- und Vernichtungsmöglichkeiten in Gang zu halten.

Ein wesentlicher Grund für die Rüstungsspirale ist, daß auf beiden Seiten das jeweilige Bedrohtheitsgefühl von historischen und ideologischen Bewertungen abhängt, die einen rationalen Dialog erschweren. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion, die Erfahrungen der Nachkriegsjahre das tiefsitzende Mißtrauen gegen den Kommunismus im Westen verstärkt.

Für die Staaten des Ostblocks gilt es ebenso als Tatsache, daß der Westen seinen gegenwärtigen Einfluß in der Welt sichern und nach Möglichkeit ausbauen will, wie die westlichen Staaten davon überzeugt sind, daß »friedliche Koexistenz« für kommunistische Regierungen die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen in aller Welt und damit die Erweiterung ihrer Machtsphäre vorsieht.

Die unterschiedlichen politischen Strukturen bedingen auch unterschiedliche Formen der Information der Öffentlichkeit, der Meinungsbildung und der Entscheidungsprozesse. Mit diesen Unterschieden ist eine Erschwerung rationaler Wahrnehmung der Interessen und Absichten der jeweils anderen Seite verbunden.

3. Weltweite Risiken

a) Verschuldung der rohstoffarmen Länder, Hunger und Arbeitslosigkeit

Die meisten Völker im südlichen Teil der Erde haben dieses Jahrzehnt mit weniger Hoffnungen begonnen als das letzte. Die Verschuldung fast aller Länder, die ihren Ölbedarf nicht aus eigener Produktion decken können, nimmt rapide zu und hat sich seit Mitte der siebziger Jahre vervielfacht.

Die Ölrechnung der Entwicklungsländer beträgt heute schon ein Mehrfaches dessen, was an Entwicklungshilfe (meist in Form billiger Kredite) in diese Länder fließt. Immer größere Teile der Exporterlöse müssen zur Bedienung von Schulden verwandt werden, immer größere Teile der neu und teuer aufgenommenen Kredite werden zur Verzinsung und Amortisation alter Schulden verwendet.

Auch Aufschub der Rückzahlungsverpflichtungen und Erlaß bestimmter Schulden für die ärmsten Länder entlasten diese kaum. Der Zeitpunkt ist abzusehen, in dem zahlreiche Länder ihre gesamten Exporterlöse für den Schuldendienst brauchen. Dies führt u. a. auch dazu, daß bei Umschuldungsaktionen der Internationale Währungsfonds drastische Auflagen für die Innen- und Wirtschaftspolitik beschließt und damit tief in die staatliche Selbständigkeit dieser Länder eingreift. Dies alles kann zu verzweifelten Reaktionen führen.

Hunger und Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt dürften in diesem Jahrzehnt eher zunehmen als abnehmen. Die oft getrösteten Menschen werden aber immer weniger bereit sein, dieses Elend hinzunehmen. Auch wenn sich schwer einschätzen läßt, wann und in welcher Form dieses Elendspotential Konflikte auslösen wird, stellt es doch eine ständige Bedrohung des inneren und äußeren Friedens dar.

b) Die Situation der Schwellenländer

Es sind nicht nur die ärmsten Länder, deren Zahlungsbilanzen immer hoffnungsloser werden. Die Länder, die schon in einem beträchtlichen Maß industrialisiert und motorisiert sind (Brasilien, Türkei, Indien, Pakistan, Thailand, Südkorea u. a.), leiden relativ noch stärker unter der Ölpreisexplosion. In jenen Ländern, die reichliche Einnahmen aus dem Öl zu überstürzter Industrialisierung genutzt haben, sind schwere Konflikte entstanden, die sich teils schon entladen haben (Iran), teils erst innere Erschütterungen erwarten lassen.

Hinzu kommt, daß viele Länder der Dritten Welt immer höhere Rüstungsausgaben haben. Kein Land der Dritten oder Vierten Welt hat zwar vorläufig die militärische Macht, einen Staat der großen Bündnissysteme anzugreifen. Das dürfte noch auf lange Zeit so bleiben. Der Rüstungsstand dieser Länder bedeutet in sich keine Gefährdung des Weltfriedens. Doch ist ein Grund zur Sorge der unverhältnismäßig hohe Anteil, den auch bescheidene Rüstungen an den nationalen Haushalten beanspruchen. Internationale Kontrolle von Waffenlieferungen scheint kaum verwirklicht zu sein. Sie setzt eine Verständigung sämtlicher Lieferländer einschließlich der Sowjetunion und neutraler Staaten voraus. Zudem würden die Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas allgemeine Liefereinschränkungen als eine Bedrohung ihrer Unabhängigkeit empfinden.

Auch wenn von den meisten dieser Länder keine direkte Bedrohung des Westens oder des Ostens ausgeht, gehört doch wenig militärische Macht dazu, eine Weltmacht herauszufordern und zu demütigen (Vietnam, Iran). Hervorgehobene Spannungsherde wie im Nahen und Mittleren Osten bergen hohe Risiken militärischer Eskalation.

Die Weltmächte werden zunehmend vor Konflikten stehen, in denen sie ihre militärische Überlegenheit überhaupt nicht, wie z. B. bei der Geiselnahme im Iran, oder aber nur unter unannehmbaren Risiken ausspielen können. Dabei können Belastungsproben für Führung und Öffentlichkeit entstehen, die schwer durchzuhalten sind. Die Gefahr, daß das Eingreifen einer Weltmacht die andere auf den Plan ruft, hat zugenommen und könnte sich weiter steigern.

Niemand kann vorhersehen, ob nicht gerade da der Konflikt eskaliert, wo er am wenigsten erwartet wird. Vorhersehbar aber ist, daß die Probleme der internationalen Verteilung von Wirtschaftsgütern sich verdichten und daß die unterschiedliche Stärke der am Wirtschaftskampf Beteiligten ein latentes Konfliktpotential enthält. Um die Sicherung von Energiequellen, Öl, Uran und einigen anderen Rohstoffen befinden sich die Mächte schon jetzt in einem Wettlauf. Die öffentliche Diskussion darüber, ob die USA gut daran täten, die Ölquellen des Vorderen Orients zu besetzen, auch die Besorgnisse, die Sowjetunion könne von Afghanistan aus dorthin durchstoßen, zeigen, welche Gefahren hieraus für den Frieden entstehen können.

c) Der Nahost-Konflikt

Eine besondere Gefahr für den Frieden ergibt sich aus dem Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt. Dieser Konflikt wird von zwei Seiten her gefährlicher. Einerseits wächst das Selbstbewußtsein der arabischen Völker, steigt die Macht der Ölländer, erneuert sich das islamische Bewußtsein, andererseits verhärtet sich die israelische Haltung, wie die Verschleppung der Autonomieregelung für das palästinensische Volk, die Siedlungspolitik, das Gesetz über Gesamt-Jerusalem als »ewige Hauptstadt« zeigen. Auch die Verstärkung der innerislamischen und innerarabischen Differenzen behindert nicht nur die Handlungsfähigkeit der arabischen Staaten gegenüber Israel, sondern kann auch die ganze Region in einen Strudel ziehen.

d) Verschärfung der öffentlichen Auseinandersetzung in Westeuropa

Die Art und Weise, in der viele Menschen die politische Situation in Westeuropa wahrnehmen, hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Eine neue Bewegung für den Frieden hat sich formiert. In ihr drückt sich zugleich Unmut innerhalb der jungen Generation über Mangel an Perspektiven für die Zukunft aus. Die Identifikation mit unserem Staatswesen erweist sich als abhängig von positiver Zukunftserwartung. Wirtschaftliche Krise, Bildungsmisere, Arbeitslosigkeit – besonders unter Jugendlichen –, Inflation erzeugen ein kritisches Potential. Die Unüberschaubarkeit technischer, wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge, die bei den Problemen der Energieversorgung, des Umweltschutzes oder der Abrüstung erkennbar wird, verstärkt vielfach das Mißtrauen gegen und die Ablehnung von Grundlinien unserer gesellschaftlichen Entwicklung auf allen Gebieten. Die Berufung auf Sachzwänge nimmt überdies vielen Menschen die Hoffnung, durch eigene Aktivität etwas bessern zu können. Der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 über die Rüstung mit neuen eurostrategischen Waffen führte zu einer scharfen innenpolitischen Konfrontation: während die Friedensbewegung den in der geplanten Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa fortgesetzten Prozeß von Drohung und Gegendrohung als Risiko für unsere eigene Sicherheit einstuft, das eine qualitativ neue Situation schaffen und eine akute Bedrohung des Weltfriedens darstellen würde, schätzen andere die militärische Lage als weniger dramatisch ein und befürchten vor allem einen Verlust an politischer Handlungsfähigkeit nach innen und außen.

4. Rüstung und Sicherheit

a) Kein Durchbruch zur Abrüstung

Rüstung wird vorläufig als unverzichtbares Element der Sicherheitspolitik angesehen. Ein Durchbruch zu alternativen Sicherheitsvorkehrungen läßt sich angesichts des tief verwurzelten beidseitigen Mißtrauens nur in langsamen Schritten und wegen der beiderseitigen Bündnisverpflichtungen nur multilateral vorstellen. Dennoch wird mit den gestiegenen Risiken der Rüstung das Bemühen um Abrü-

stung ebenfalls ein unverzichtbares Element der Sicherheitspolitik. Vertrauensbildende Maßnahmen im außermilitärischen Bereich können und müssen solche Schritte vorbereiten. Sicherheit ist offenbar noch nicht ohne, aber auch keinesfalls mehr allein durch Rüstung herzustellen. Neben die Aufgabe der militärischen tritt zunehmend die der politischen Sicherheitsgarantie.

Überblickt man das ausgedehnte Feld der Bemühungen um Begrenzung des Rüstungsstandes, so kann zwar eine Stärkung des allgemeinen Bewußtseins von der Notwendigkeit und Dringlichkeit des Hinwirkens auf Rüstungsbegrenzung festgestellt werden. Eine grundlegende Umkehr des allgemeinen Trends zur weiteren Rüstungssteigerung ist aber noch nicht erreicht worden. Hierzu würde es der Mitwirkung aller Mächte bedürfen, vor allem auch der Supermächte.

Auch wenn ein Durchbruch zu einer entscheidenden Begrenzung des Rüstungsstandes nicht erreicht worden ist, so gibt doch die Absicht zur Fortführung von Verhandlungen eine Möglichkeit zur Weiterführung der Entspannung.

b) Gleichgewicht

Ein stabiles Verhältnis zwischen Machtblöcken läßt sich im allgemeinen nur unter der Bedingung eines ungefähren Gleichgewichts halten, sofern Stabilität nicht durch Unterordnung erreicht werden soll. Deshalb soll die beiderseitige Abschreckung vor militärischen Aktionen der Stabilität dienen. Sie soll diesen Dienst so lange leisten, bis sich auf andere Weise ein Gleichgewicht sicherstellen läßt, das Stabilität gewährleistet.

Unter dem Gesichtspunkt militärischer Sicherheit ist ein Gleichgewicht dann gegeben, wenn jeder der Gegner über ausreichende Fähigkeit zur Abschreckung verfügt. Die Abschreckung ist glaubwürdig, wenn militärische Mittel gegeben sind, einem Angreifer so schweren Schaden zuzufügen, daß er ihn nicht in Kauf nehmen kann, und die Bereitschaft überzeugend ist, daß sie gegebenenfalls eingesetzt werden. Es geht also beim militärischen Gleichgewicht nicht so sehr um die gleiche Zahl oder um die Gleichartigkeit von Waffen, sondern darum, daß die erzielbaren Wirkungen gleichwertig sind.

Aber die Beurteilung militärischen Gleichgewichts steht vor ungeheuren Schwierigkeiten. Art und Menge der Waffen müssen auf die jeweilige strategische Lage und das militärische Konzept des Gegners, seine innere Stabilität und die Verlässlichkeit seiner Verbündeten bezogen werden. Schon die Beurteilung des militärischen Gleichgewichts in Europa verlangt, daß eine Vielzahl nicht quantitativ erfaßbarer Faktoren einbezogen werden, so vor allem die unterschiedlichen strategischen Ziele von NATO und Warschauer Pakt, die unterschiedliche Rolle der eurostrategischen Waffen in der strategischen Gesamtplanung, das Zusammenspiel von konventionellen und nuklearen Streitkräften, aber auch die Unverletzlichkeit der Waffen vor dem Einsatz, ihre Eindringfähigkeit ins gegnerische Zielgebiet, die Flexibilität ihres Einsatzes und vieles andere.

Bei einem globalen geostrategischen Gleichgewicht muß sich Westeuropa im Nachteil befinden; soll aber in Europa ein regionales Gleichgewicht bestehen, sieht sich die Sowjetunion neben einem gleich starken Westeuropa zusätzlich noch den Kräften der USA, Japans und Chinas gegenüber.

Aus diesen Gründen hat es sich schon in den siebziger Jahren als unerhört schwierig erwiesen, die Vorstellungen beider Seiten von militärischem Gleichgewicht in Einklang zu bringen. Dies wird in diesem Jahrzehnt noch schwieriger werden, wenn die Sowjetunion die immer stärker werdenden ostasiatischen Kräfte China und Japan in ihre Rechnung einbezieht.

Außerdem ist das durch Hochrüstung bewirkte Gleichgewicht stets gefährdet, durch technische Entwicklungen nicht weniger als durch politische Veränderungen. Die Logik der Abschreckung, die auf der glaubwürdigen Bedrohung des Gegners beruht, verlangt deshalb immer neue Rüstungsanstrengungen und erzeugt so die Spirale von Rüstung und Gegenrüstung.

Sicherheit ist auch nicht allein eine Funktion des militärischen Gleichgewichts, sondern ebenso der sozialen, politischen und ökonomischen Gewichte. Die innere Stabilität läßt sich in den totalitären Staaten und im Bündnis des Ostens ungleich schwerer abschätzen als in westlichen Demokratien. Eine Schwierigkeit liegt zweifellos in der Unverrechenbarkeit militärischer Stärke mit sozialen, po-

litischen und ökonomischen Faktoren. Trotzdem dürfen sie nicht vernachlässigt werden.

Kann auch die militärische Sicherheit Westeuropas im Sinne der Abschreckungsfähigkeit zur Zeit als gewährleistet gelten, so unterliegen doch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten des Ostblocks und denen Westeuropas neben ihren politischen Effekten erheblichen Risiken; sie fallen zusätzlich zu denen der Hochrüstung und des Rüstungswettlaufs ins Gewicht, solange die Konfrontation andauert.

c) Vertrauensbildende Maßnahmen

Schon für eine vorwiegend an Kategorien militärischer Sicherheit orientierte kooperative Rüstungssteuerung führt kein Weg an Verhandlungen zwischen den beiden großen Bündnissystemen vorbei. Das gilt erst recht, wenn man vermeiden will, daß sich das Wettrüsten in sogenannte Grauzonen verlagert, d. h. in Rüstungsmaßnahmen, die in die kooperative Steuerung nicht einbezogen sind, und zu einer wirklichen Reduktion der Rüstung kommen will.

Der Erfolg solcher Verhandlungen wird begünstigt, wenn es gelingt, Mißtrauen und andere irrationale Widerstände zu verringern und die Sicherheitsvorkehrungen auf ein breiteres als das militärische Fundament zu stellen. Die Durchflechtung gegenseitiger Interessen im sozialen, politischen und ökonomischen Bereich ist nicht nur geeignet, Mißtrauen und Ängste zu beseitigen. Auch wenn sie gegenseitige Abhängigkeiten schafft und Pressionen möglich macht, ist der langfristige Nutzen für eine politische Sicherung des Friedens wesentlich höher als die überschaubaren Risiken.

Zu vertrauensbildenden Maßnahmen können, neben den heute praktizierten, auch einseitige Vorleistungen wie die Zurückstellung von Modernisierungsmaßnahmen mit dem Ziel von Verhandlungen zählen, wenn sie das Gleichgewicht in dem beschriebenen umfassenderen Sinn nicht außer Kraft setzen. Allerdings muß dabei vermieden werden, daß mangelhafte Abstimmung solcher Vorleistungen mit dem Stand der Verhandlungen deren Erfolg gefährdet.

Im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen gewinnt auch die Prüfung der Möglichkeit einer allmählichen Umrüstung auf Waffen Ge-

wicht, die typisch defensiven Charakter haben, also für die Führung von Angriffskriegen ungeeignet sind.

Die Bundesrepublik Deutschland hat wegen ihrer Position an der Nahtstelle der beiden Systeme, wegen der Erinnerung an die beiden Weltkriege und der schmerzlichen Teilung Deutschlands in zwei Staaten ein besonderes Interesse an der Minderung der Spannungen zwischen den Machtblöcken und an einer Verringerung der durch das Wettrüsten gegebenen Gefahren. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist eingebettet in das westliche Bündnis. Deshalb kann diese nur in Abstimmung mit ihren Partnern handeln. Aber sie kann im Rahmen dieser Partnerschaft auch ihren Einfluß geltend machen, daß alle Möglichkeiten genutzt werden, effektive Rüstungsbegrenzung zu erreichen und zugleich den Kurs von bloßer Rüstungsbegrenzung auf wirkliche Abrüstung zu lenken.

II. Politische Bemühungen um Sicherung des Friedens nach 1945

1. Für eine internationale Friedensordnung

a) Rechtliche Voraussetzungen

Einen Ausgangspunkt für die Sicherung des Friedens stellt die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogene grundsätzliche ethische Verurteilung der Mittel des Krieges und der Gewalt in der internationalen Politik dar. Im Unterschied zu früheren Epochen, die den Krieg als ein mögliches Instrument der Machtausübung anerkannten und dem Frieden keinen absoluten Wert beimaßen, erscheinen der Angriffskrieg und die Anwendung von Gewalt gegen andere Völker in der Gegenwart als verwerflich und unrechtmäßig.

Die Erhaltung und Sicherung des Friedens ist ein Hauptgebiet der internationalen Zusammenarbeit geworden. Die Vereinten Nationen haben dem Frieden einen großen Teil ihrer Tätigkeit gewidmet. Grundlage dieser Bemühung ist das in der Charta der Vereinten Nationen ausgesprochene Verbot von Krieg und Gewalt und die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur friedlichen Lösung ihrer Streitigkeiten (Art. 2,4 der Charta). Auch wird heute allgemein anerkannt, daß der Gedanke des Friedens weit über die Nichtanwendung von Gewalt hinausreicht, daß er notwendig das Bestreben einschließen muß, vorhandene Spannungen und Interessengegensätze zu erkennen und an ihrer Überwindung zu arbeiten.

Freilich, ein übergeordnetes, wirksames System der Friedenssicherung ist daraus nicht entstanden. Denn die Staaten sind souverän und unabhängig geblieben, und die Eingriffsmöglichkeiten der Vereinten Nationen sind begrenzt. Die Tatsache, daß sich keine kriegsgerichtliche Auseinandersetzung rechtfertigen läßt, hat noch keinen rechtlichen Ausdruck finden können. Die Staaten haben für ihre Sicherheit vielmehr das in der Charta der Vereinten Nationen anerkannte Recht der Selbstverteidigung (Art. 51) aufrecht erhalten und ihren Schutz im Aufbau eigener Streitkräfte und in Allianzen gesucht.

Eine internationale Friedensordnung, die Bedingungen des Zusammenlebens von Menschen und Staaten herbeiführt, welche Gewaltanwendung abnehmen und Gerechtigkeit zunehmen lassen, erscheint vorläufig außer Reichweite. Durch sie würden alle Probleme sich radikal verändern, wenn auch nicht gelöst sein.

b) Blockbildung und Hochrüstung

Die Länder Westeuropas haben gegenüber der überwältigenden Macht der Sowjetunion ihre Sicherheit in der Verbindung mit den Vereinigten Staaten gesucht; diese Allianz hat zum Aufbau starker militärischer Kräfte an der quer durch Europa verlaufenden Grenzlinie geführt. Das Vertrauen in solche Vorkehrungen bleibt aber an die unbestimmte Vorstellung eines Gleichgewichts der Kräfte und an die unsichere Wirksamkeit der Abschreckung gebunden. Manche Staaten verfolgen demgegenüber eine Politik der Blockfreiheit, des Fernbleibens von Allianzen. Doch auch hier spielt der Aufbau einer Verteidigung für die Erhaltung der Unabhängigkeit eine wichtige Rolle.

2. Die Bestrebungen der Rüstungskontrolle

Die Gefahren und Unsicherheiten einer internationalen Lage, in der Frieden und Sicherheit auf der Vorstellung des Gleichgewichts der Macht und auf einem hohen Rüstungsstand beruhen, haben seit den sechziger Jahren zu Bemühungen um Begrenzung der Rüstungsanstrengungen und Verminderung von Spannungen durch den Ausbau internationaler Zusammenarbeit geführt. Es ist in der Tat gelungen, auf diesem Wege einen gewissen Abbau der Gegensätze zu bewirken und in einer Reihe von Vereinbarungen Fortschritte in der Begrenzung der Rüstungen zu erzielen.

a) Aktionen der Vereinten Nationen

Den universellen Rahmen verkörpern zunächst die Aktionen der Vereinten Nationen. Sie erhielten 1962 einen Mittelpunkt in der Abrüstungskommission, die seit 1978 reorganisiert wurde und der sich seitdem auch das bisher fernstehende Frankreich angeschlossen hat.

Das wichtigste Resultat dieser Arbeiten ist die Konvention gegen die Verwendung bakteriologischer Waffen vom 10. April 1972. Eine gleiche Abrede über die Ausschaltung chemischer Waffen steht seit Jahren aus. Von der Genfer Kommission sind auch Anregungen zu den Abkommen gegen die Verwendung des Meeresbodens für nukleare Waffen (vom 11. Februar 1971) und für die Neutralisierung des Weltraums (vom 27. Januar 1967) ausgegangen.

Im Jahre 1978 haben die Vereinten Nationen als 10. Sonder-Generalversammlung eine Konferenz über Abrüstung abgehalten, deren Schlußbericht die drohende Gefahr zunehmender Rüstung und die Notwendigkeit einer Beschränkung der militärischen Ausgaben im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt hervorhebt; die Verantwortung der Vereinten Nationen für diese Aufgabe wird unterstrichen. Ausschüsse befassen sich mit den Folgerungen der Konferenz. Zu ihnen gehört das Verlangen nach vollständiger Einstellung von Atomwaffenversuchen sowie die Errichtung kernwaffenfreier Zonen. Insgesamt haben freilich diese Bemühungen der Vereinten Nationen um Rüstungsbegrenzung nur beschränkte Ergebnisse erzielt.

b) Nichtverbreitung von Atomwaffen

Von grundlegender Bedeutung für die Sicherung des Friedens sind die Bestrebungen, die – außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen – von führenden Mächten zur Beschränkung der Ausbreitung nuklearer Waffen unternommen worden sind. Sie haben zwar nicht den Grundsatz der vollen Abschaffung nuklearer Waffen aufgegriffen, sondern erkennen den in den fünfziger Jahren erreichten Stand der Ausbreitung nuklearer Waffen an, suchen aber durch rechtliche Verpflichtungen und durch Maßnahmen zur Überwachung der friedlichen Nutzung der Kernenergie die Erweiterung des Kreises der nuklearen Mächte zu verhindern.

Nach dem Vertrag vom 5. August 1963, der oberirdische Testversuche verbietet (dem sich freilich weder Frankreich noch China noch einige andere technisch fortgeschrittene Länder angeschlossen haben) war der entscheidende Ausdruck dieser Absicht der Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968, der den Unterzeichnern, die keine atomaren Waffen besitzen, deren Herstellung oder Erwerb und

den Atommächten die Weitergabe ihrer Kenntnisse und Technik untersagt. Die Ausdehnung des Besitzes nuklearer Waffen auf weitere Staaten würde die Gefahr eines Einsatzes dieser Waffen oder einer ungewollten Eskalation sehr vergrößern. Die Ergänzung dieses Vertrages bildet das Netz der Kontrolle der Anlagen für friedliche Atomenergie, das in Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und der Europäischen Gemeinschaft (EURATOM) aufgerichtet und durch ergänzende Abkommen verfeinert worden ist. Dieser Vertrag ist weder von Frankreich noch von China noch von einer Reihe anderer Staaten angenommen worden. Die Bundesrepublik Deutschland hatte bereits am 23. Oktober 1954 gegenüber den westlichen Alliierten ihre Verpflichtung bestätigt, nicht nach atomarer Bewaffnung zu streben; sie hat sich dem Nichtverbreitungsvertrag angeschlossen. Dieser Vertrag kann allerdings keine wirkliche Sicherheit gegen die Ausbreitung der Kernwaffen gewährleisten.

1974 hat Indien einen atomaren Sprengsatz gezündet. Bei anderen Ländern wie Israel und der Republik von Südafrika wird vermutet, daß sie diese Waffen besitzen oder jedenfalls rasch produzieren könnten. Weitere Länder, wie etwa Pakistan, streben ersichtlich nach dem Besitz von Atomwaffen. Der Vertrag von Tlatelolco vom 14. Februar 1967, der Lateinamerika zur kernwaffenfreien Zone erklärt und von den Atommächten die Achtung dieser Bestimmung fordert, ist nur von einer begrenzten Zahl lateinamerikanischer Staaten unterzeichnet worden. Die Bestrebungen, Afrika südlich der Sahara zur kernwaffenfreien Zone zu erklären, sowie neuere Bemühungen, den Indischen Ozean zu einem Bereich des Friedens zu deklarieren, haben trotz Unterstützung durch Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Auch das Bemühen, durch eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen Kernwaffen aus Afrika fernzuhalten, hat bis jetzt keine entsprechende Vereinbarung erbracht. Zu verhindern, daß Kernwaffen breit über die Welt gestreut werden, ist sicherlich ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung des Friedens. Aber wenn die großen Mächte die nuklearen Waffen beibehalten, so bleibt das Risiko ihres Einsatzes fortbestehen; mit der technischen Weiterentwicklung dieser Waffen wächst dieses Risiko. Das Leben

auf der Erde ist dadurch bedroht. Zugleich bringt die zunehmende Anwendung der nuklearen Technik für die Energieerzeugung die Gefahr mit sich, daß die Überwachung angereicherter Uranstoffe verletzt wird und Staaten solche beiseite bringen, um damit Kernwaffen zu bauen. An diesem Punkt verschränken sich die Bestrebungen um weltweite und effektive Kontrolle nuklearer Anlagen wegen ihrer Gefahren für Umwelt und Leben mit den Bemühungen um Rüstungskontrolle.

c) Rüstungsbegrenzung

Die zwischen den beiden Supermächten wiederholt aufgenommenen Verhandlungen um die Begrenzung der beiderseitigen atomaren Rüstung sollten eine weltweite Verständigung über Rüstungssteuerung einleiten. Sie fand ihren ersten Ausdruck im Abkommen über Rüstungsbegrenzung (SALT I) vom 26. Mai 1972, dem das seit 1973 verhandelte zweite Abkommen vom 18. Juni 1979 (SALT II) gefolgt ist. Das erste Abkommen begrenzte die Zahl der von beiden Seiten unterhaltenen atomaren Geschosse zu Land und zur See sowie einiger Trägerwaffen. Auf die Aufstellung von Abwehrsystemen gegen ballistische Raketensysteme (ABM) wurde verzichtet. Die zweite Vereinbarung legt erneut einen Maximalbetrag der beiderseitigen Interkontinentalwaffen und zugehörigen Träger fest und fügt einige weitere Beschränkungen hinzu. Offen bleibt in diesen Verträgen der Bereich der nuklearen Waffen mit mittlerer (europäischer) Reichweite. Die Beratungen über die Annahme der zweiten Vereinbarung im amerikanischen Senat wurden nach der Invasion der Sowjetunion in Afghanistan ausgesetzt. Der Präsident der USA, Ronald Reagan, hat sich darauf festgelegt, zwar das Abkommen in seiner jetzigen Form nicht zu ratifizieren, aber neue Verhandlungen anzustreben und den SALT-Prozeß insgesamt weiter zu verfolgen.

Eng mit der Beziehung der Supermächte sind die 1973 in Wien eröffneten Verhandlungen zwischen Staaten der NATO und den Mächten des Warschauer Paktes über Rüstungsbegrenzung im Bereich konventioneller Waffen verknüpft (beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung: MBFR). Hier sind wiederholt Vorschläge unterbreitet worden, doch kam es bisher wegen der fehlenden Einigung über die ausschlaggebenden militärischen Daten und über die

Struktur des Reduzierungsabkommens zu keinem greifbaren Ergebnis.

d) Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Endlich ist eine neue Ebene rüstungsbegrenzender Vereinbarungen eröffnet worden, indem die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki in ihrer Schlußakte vom 1. August 1975 sich für die Einsetzung vertrauensbildender Maßnahmen aussprach, die vor allem in der gegenseitigen Benachrichtigung über größere Truppenbewegungen und Manöver bestehen. Die Schlußakte von Helsinki, die keine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung, wohl aber eine praktisch-moralische Verpflichtung darstellt, ist im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen militärischer Art beachtet worden. Solche vertrauensbildenden Maßnahmen spielen auch auf der im Oktober 1980 in Madrid eröffneten zweiten Folgekonferenz für Helsinki eine erhebliche Rolle.

III. Kirchliche Stimmen zur Friedensdiskussion

I. Die Kontroversen um den kirchlichen Beitrag zum Frieden

In der heutigen Friedensdiskussion ist es wichtig, sich die Kontroversen zu vergegenwärtigen, die in Deutschland in den Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges über die Wiederbewaffnung und über die nuklearen Waffen stattgefunden haben. Die große Leidenschaft, mit der dieser Streit ausgetragen wurde, beruhte zum einen auf der Veränderung, die militärische Gewalt im Atomzeitalter durch die neuen Waffensysteme erfahren hat. Zum anderen war vielen Menschen bewußt, daß die deutsche Wiederbewaffnung im Widerspruch zu der Hoffnung auf die Wiedervereinigung Deutschlands stand. Schließlich empfanden viele die Spannung zwischen der erneuten Aufstellung militärischer Streitkräfte und der Aufgabe einer geistigen und sittlichen Selbstbesinnung des deutschen Volkes. Solche Fragen wirken bis heute nach. Die Probleme militärischer Rüstung und die Stellung der deutschen Staaten zwischen den Weltmächten sind in der gegenwärtigen Situation erneut heftig umstritten.

Seit 1945 hat die Evangelische Kirche in Deutschland, die über die sich herausbildenden Grenzen hinweg weiterhin organisatorische Gemeinschaft behielt, die Aufgabe des Friedens als eine besondere Herausforderung anerkannt. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin-Weißensee 1950 sagte:

»Ungezählte geängstete Menschen in der ganzen Welt schreien heute nach Frieden; sie leben in der ständigen Angst und Sorge, es möchte abermals zum Kriege kommen. Noch ist der letzte Krieg nicht beendet, und schon wird wieder zum Krieg gerüstet. Unser eigenes Volk ist wehrlos in die Hände der Mächte gegeben, die sich voll Mißtrauen gegenüberstehen. Der »Eiserne Vorhang« zerschneidet den Leib unseres Volkes, und jeden Augenblick können hier Konflikte größten Ausmaßes entstehen. Dabei weiß niemand, was mit der Menschheit wird, wenn die modernen Vernichtungswaffen zur Anwendung kommen in einem Kriege, den dann niemand in der Hand hat«.

Im Blick auf die heutige Diskussion beschränken wir uns darauf, an drei markante Äußerungen zu erinnern, die in der kirchlichen Diskussion bis heute nachwirken.

a) Die »Heidelberger Thesen« über »Krieg und Frieden im Atomzeitalter« von 1959

Der für die weitere Diskussion wichtigste Beitrag aus der evangelischen Kirche zur Auseinandersetzung um die nuklearen Waffen waren die »Heidelberger Thesen« über »Krieg und Frieden im Atomzeitalter« von 1959.

Sie beginnen mit der Aussage, daß der Weltfriede zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters wird und daß der Krieg in einer andauernden und fortschreitenden Anstrengung abgeschafft werden muß. Obwohl die Notwendigkeit des Weltfriedens eine allen zugängliche Einsicht der Vernunft ist, haben die Christen auf dem Weg zu ihm die besondere Aufgabe, zu Schritten beizutragen, die nicht von der Angst bestimmt sind. Die tätige Teilnahme an der Arbeit für den Frieden ist ihre einfachste und selbstverständlichste Pflicht. Die Wege zum Weltfrieden führen durch eine Zone äußerster Gefährdung des Rechts und der Freiheit. Die Kriterien der überlieferten Lehre vom gerechten Krieg sind auf den Atomkrieg nicht mehr anwendbar. Die Voraussetzungen, unter denen die Regeln des Kriegsvölkerrechts in diesem Jahrhundert entwickelt wurden, haben sich so verändert, daß die Befolgung dieser Regeln nicht mehr zu erwarten ist.

Die Bürger der westlichen Welt stehen vor dem Dilemma, »ob sie die Rechtsordnung der bürgerlichen Freiheit durch Atomwaffen schützen oder ungeschützt dem Gegner preisgeben wollen«. Die angesichts der Atomwaffen getroffenen, einander entgegengesetzten Gewissensentscheidungen müssen als komplementäres Handeln verstanden werden. Ihr gemeinsamer Grund muß das Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens sein. »Keine Handlungsweise, die nicht auf diesem Grund ruht, scheint uns für einen Christen möglich«.

In ihrem Grund gehören die einander entgegengesetzten Entscheidungen zusammen – in ihrem Inhalt schließen sie einander aus. Jede dieser Entscheidungen beschwört je für sich das Risiko herauf, das

die jeweils andere Haltung vermeiden will. »Es kann sein, daß der eine seinen Weg nur verfolgen kann, weil jemand da ist, der den anderen Weg geht« (Zu These VI).

Aus diesen Einsichten wird gefolgert: »Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen« (These VII), »die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen« (These VIII).

b) Die Formel »Friedensdienst mit und ohne Waffen« vom Deutschen Evangelischen Kirchentag 1967

Der Gedanke der Komplementarität wurde in der anschließenden kirchlichen Diskussion ausgeweitet auf die Frage nach dem Verhältnis von Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung. Für dieses Verhältnis wurde aus Anlaß des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1967 die Formel geprägt: »Friedensdienst mit und ohne Waffen«.

Sie sollte dazu beitragen, daß die Anerkennung derer, die das grundgesetzliche Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Anspruch nehmen, und die Leistung der Wehrpflicht auf derselben Ebene diskutiert werden konnten. Diese Formel entfernt sich insofern von der Fragestellung der Heidelberger Thesen, als sie weder die Risiken sowohl des Waffendienstes wie des Waffenverzichtes noch die Vorläufigkeit des Versuchs, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, zum Ausdruck bringt. Dieses ist einer der Gesichtspunkte, unter denen heute die Frage wieder aufgenommen werden muß, ob die Formel vom »Friedensdienst mit und ohne Waffen« noch tragfähig ist; ebenso muß gefragt werden, was die Vorläufigkeit, von der die Heidelberger Thesen sprechen, für uns heute bedeutet. Diese Fragen werden in Teil V wieder aufzunehmen sein.

c) Die Denkschrift »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« 1965

Die evangelische Kirche mußte ihre Bereitschaft, zur Förderung des Friedens beizutragen, auf die politischen Konflikte der jeweiligen

Zeit beziehen. Hierfür ist das bekannteste Beispiel aus den letzten Jahrzehnten die Denkschrift »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« von 1965.

Ziel dieser Denkschrift war es, »im deutschen Volk Verständnis und Zustimmung zu einem Schritt im Geist der Versöhnung gegenüber unseren östlichen Nachbarvölkern zu finden«. Hier handelte es sich »um politische Entscheidungen, die in vernünftiger Einschätzung der Situation und in verantwortungsvoller Mitarbeit an einer dauerhaften Friedensordnung zwischen den Völkern getroffen werden müssen. Die in dieser Denkschrift dazu aufgeführten rechtlichen, ethischen und theologischen Überlegungen, die auch in ein politisches Handeln eingehen müssen, sollen dahin wirken, eine neue Bewegung in die politischen Vorstellungen des deutschen Volkes hineinzubringen und auch den Nachbarn im Osten einen Dialog auf neuer Ebene anzubieten.«

d) Weitere Äußerungen der Evangelischen Kirche in Deutschland

Über die drei genannten Beispiele hinaus hat die Bemühung der evangelischen Kirchen und kirchlicher Gruppen – auch in Verbindung mit ökumenischen Bemühungen in West und Ost – in sehr vielfältigen Formen Ausdruck gefunden. Von den Äußerungen der Evangelischen Kirche in Deutschland seien folgende genannt:

- der Beschluß der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Atomfragen von 1958
 - der Zwischenbericht des vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eingesetzten Ausschusses für Atomfragen und der Ergänzende Bericht des Ausschußvorsitzenden Prof. Dr. L. Raiser für die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1960
 - die Handreichung »Die christliche Friedensbotschaft, die weltlichen Friedensprogramme und die politische Arbeit für den Frieden« von 1962
 - die Studie »Friedensaufgaben der Deutschen« von 1968
 - Die Thesenreihe »Der Friedensdienst der Christen« von 1969
 - die Denkschrift »Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt« von 1973.
- (Quellennachweis im Anhang)

Statt diesen Diskussionsgang im einzelnen darzustellen, konzentrieren wir uns im folgenden darauf, die gegenwärtige Diskussion über Probleme der Friedenssicherung im deutschen Protestantismus zu beschreiben.

2. Die gegenwärtige Friedensdiskussion in der Kirche

Die Zuspitzung der politischen Situation, in der wir uns befinden, hat dazu geführt, daß die Frage nach der Stellung von Christen zur militärischen Rüstung in den letzten Jahren auch innerhalb der evangelischen Kirche wieder mit neuer Intensität geführt worden ist. Zu den wichtigen innerkirchlichen Aufgaben, die sich in dieser Lage stellen, gehört es, die unterschiedlichen Positionen, die in der Diskussion auftreten, miteinander im Gespräch zu halten.

a) Anstöße des Ökumenischen Rates der Kirchen

Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi im Dezember 1975 hat dem neuen Friedensgespräch wichtige Impulse gegeben. Sie befaßte sich in einer Erklärung mit der Weltrüstungssituation und richtete einen Appell an die Kirchen, in dem es heißt:

»Die Christen müssen der Versuchung widerstehen, sich mit einem falschen Gefühl von Machtlosigkeit oder Sicherheit abzufinden. Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen. Die Kirchen, die einzelnen Christen und die Mitglieder der Öffentlichkeit aller Länder sollten bei ihren Regierungen darauf drängen, daß die nationale Sicherheit ohne den Einsatz massiver Zerstörungswaffen gewährleistet wird« (Quellenachweis im Anhang).

Mit den Entschlüssen von Nairobi wurde eine Periode verstärkter Arbeit an der Friedensfrage im ökumenischen Bereich und auch im Raum der EKD eröffnet. Exekutivausschuß und Zentralauschuß des ÖRK richteten ein »Studienprogramm über Militarismus und Wettrüsten« ein (später umbenannt in »Programm für Abrü-

stung und gegen Militarismus und Wettrüsten«) und veranlaßten je eine Konsultation über Militarismus (Glion I, November 1977) und über Abrüstung (Glion II, April 1978). Mit den Ergebnissen dieser Studienarbeit befaßten sich regelmäßig die Leitungsorgane des ÖRK, besonders ausführlich der Zentralausschuß auf seiner Sitzung in Kingston (Jamaika) im Januar 1979. Auch die Konsultationen, die von der Konferenz der Europäischen Kirchen (KEK) zu den Folgekonferenzen der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 in Belgrad und Madrid gehalten wurden, gehören in diesen Zusammenhang der ökumenischen Bemühungen um die Friedensfrage. Die KEK hat bisher insgesamt vier derartiger Nach-Helsinki-Konsultationen gehalten, zuletzt vom 29. Mai bis 3. Juni 1980 in El Escorial (bei Madrid).

b) Friedensbemühungen der deutschen Kirchen in West und Ost

Die EKD hat die Initiativen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) aufgegriffen und sich an der Weiterarbeit beteiligt, unter anderem durch eine Expertenkonsultation im März 1979 in Bonn, zu deren Ergebnissen die Deutsche Arbeitsgruppe der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten im September 1979 eine »zusammenfassende Stellungnahme« vorlegte (vgl. Anhang).

Der Rat der EKD und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR bemühen sich um gemeinsame Aussagen und Schritte in der Friedensfrage. Beide veröffentlichten zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1979 ein gemeinsames Wort zum Frieden. Darin heißt es:

»Auf mehr als dreißig Jahre Frieden in Europa blicken wir zurück. Wir wissen aber, wie zerbrechlich der Frieden ist. 1945 haben Unzählige geschworen: Nie wieder Krieg! Heute muß dieser Ruf bekräftigt werden, nicht nur mit leidenschaftlichem Herzen, auch mit besonnenem Verstand. Die Arbeit für eine Friedensordnung, die Vertrauen wachsen läßt und den Völkern Sicherheit gewährt, in der Konflikte zwischen den Staaten ohne militärische Drohung und ohne Anwendung von Gewalt ausgetragen werden, erfordert Nüchternheit, Geduld und Mut. Den Christen und Kirchen in den beiden deutschen Staaten ist es besonders aufgetragen, an der Vertiefung der Entspannungspolitik mitzuarbeiten, für die die Schlußakte von Helsinki ein Zeichen der Hoffnung ist.

Wir wissen: Lange bevor ein Krieg ausbricht, hat er in den Gedanken und Herzen der Menschen schon begonnen. Mißtrauen und Angst und das Gefühl der Bedrohung löschen alle anderen Hoffnungen aus. Darum haben wir jetzt für eine konsequente Erziehung zum Frieden zu sorgen.

Diese Erziehung wird sich darauf richten müssen, dem Gefühl der Ohnmacht entgegenzuwirken und zur friedlichen Lösung von Konflikten zu befähigen, im persönlichen Bereich ebenso wie im Umgang der Staaten miteinander. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben das Sicherheitsstreben der Völker verstärkt. Der gegenwärtige Rüstungswettlauf verschlingt unvorstellbare Energien und Mittel. Ständige Ermutigung brauchen die Politiker, die in zähen Verhandlungen darum ringen, diese Entwicklung zu bremsen. Dazu gehört unser aller Bereitschaft, eigene Interessen in das Interesse des Friedens für alle Völker einzuordnen und den eigenen Reichtum mehr und mehr für den gerechten Ausgleich zwischen den Völkern einzusetzen.

Christus ist unser Friede. Friede mit Gott und Friede auf Erden sind nicht dasselbe. In der Gewißheit des Friedens, den Gott selbst verheißen hat und der mit seiner Herrschaft auf uns zukommt, sind wir gewarnt vor Illusionen und falschem Optimismus in unserem Handeln. Noch mehr aber verbietet uns diese Gewißheit jede Gleichgültigkeit angesichts der Gefährdung unserer Welt.

Laßt uns für den Frieden in der Welt denken, arbeiten und beten!
Laßt uns für alle Taten des Friedens danken!

Laßt uns danken für den Frieden mit Gott, den wir heute durch den Glauben an Christus haben«.

Beide Kirchen haben angeregt, daß in allen Gemeinden beider Kirchengebiete nach einer gemeinsamen Ordnung »Bittgottesdienste für den Frieden in der Welt« gehalten werden.

Auch in den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland wird eine breite Friedensdiskussion geführt. Es gibt kaum eine Landessynode, in der nicht die Friedensfrage ausführlich behandelt wird. In einer Reihe von Gliedkirchen werden landeskirchliche Friedenswochen durchgeführt. Viele Ausschüsse arbeiten an Handreichungen für die Gemeinden zur gründlichen Befassung mit den Friedensfragen. Es gehört in diesen Zusammenhang, daß gegen En-

de des Kirchenjahres in einer wachsenden Zahl von Gemeinden Friedenswochen veranstaltet werden.

3. Vier innerkirchliche Initiativen

Die krisenhafte Zuspitzung der weltpolitischen Lage hat dazu beigetragen, daß sich seit 1978 im deutschen Protestantismus eine Reihe von Gruppierungen gebildet hat, die unterschiedliche Auffassungen vom Friedensbeitrag der Christen öffentlich vertreten. Diese Positionen seien beispielhaft erläutert:

a) »Ohne Rüstung leben«

Die im Jahre 1978 entstandene Aktion »Ohne Rüstung leben« zieht aus der biblischen Friedensbotschaft die Konsequenz der uneingeschränkten Verwerfung jeglicher Rüstung und jeglichen Waffendienstes. Ihr Stichwort hat diese Aktion der Botschaft der Vollversammlung des ÖRK in Nairobi 1975 entnommen, indem sie eine Selbstverpflichtung formulierte und ihrer Sammlung von Unterschriften zugrunde legte:

»Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, daß Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird«.

In der Begründung dieser Selbstverpflichtung heißt es u. a.: »Angesichts einer drohenden militärischen Selbstvernichtung ist die Bereitschaft zum Verzicht auf kriegerische Gewalt der spezielle politische Beitrag der einzelnen Christen und der christlichen Kirchen«. Von dieser Basis aus spricht sich die Aktion »Ohne Rüstung leben« dafür aus, zum Risiko einseitiger Abrüstungsschritte bereit zu sein. In der Aktion befinden sich sowohl Menschen, die sich einem prinzipiellen Pazifismus verpflichtet wissen, wie er von den klassischen Friedenskirchen vertreten wird, als auch solche, die ihre Ablehnung der Rüstung mit einer Analyse der gegenwärtigen Rüstungssituation begründen.

b) »Frieden schaffen ohne Waffen«

Die Aktion »Sühnezeichen/Friedensdienste« hat in Verbindung mit anderen Friedensdiensten, die in der »Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden« zusammengeschlossen sind, zum ersten Mal 1980 unter der Losung »Frieden schaffen ohne Waffen« zu einer bundesweiten Friedenswoche aufgerufen. Die Besonderheit dieser Aktion liegt darin, daß sie nicht ausschließlich auf den Waffen- und Rüstungskomplex fixiert ist:

»Unfrieden bedroht andere und uns ständig in vielerlei Gestalt. Der Frieden, für den wir arbeiten, kommt nicht über Nacht. Frieden wächst in einem langjährigen Prozeß, wenn wir uns gemeinsam mit Beharrlichkeit, Liebe, Phantasie und kritischer Kleinarbeit engagieren. Rückschläge bleiben nicht aus. Unsere kleinen und großen Opfer sind Schritte auf dem Weg des Friedens«.

Diese Aktionsgemeinschaft vertritt die Forderung nach schrittweiser Abschaffung der modernen Massenvernichtungsmittel und lehnt die Formel »Friedensdienst mit und ohne Waffen« ab. Andererseits wird die Auffassung vertreten, daß das angestrebte Ziel nur in einem langwierigen Prozeß Schritt für Schritt erreichbar ist. Die Aktion spricht sich daher für erste konkrete Schritte in der Abrüstung aus in der Erwartung, daß die UdSSR ihrerseits mit wirksamen Schritten zur Abrüstung antwortet. Die Verpflichtung, zu deren Annahme sie die Bürger der Bundesrepublik aufruft, lautet:

»Ich werde nach meinen Kräften und Möglichkeiten dazu beitragen, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in unserem Lande zu verhindern. Ich bin bereit, überall in meiner Umgebung die Frage der Atomwaffe zur Diskussion zu stellen. Ich will mich über diesen ersten Schritt für weitere kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte einsetzen auf dem Weg zur Abschaffung aller Atomwaffen.«

c) »Sicherung des Friedens«

Eine Gegenbewegung gegen diese Position formierte sich im Sommer 1980 in dem Arbeitskreis »Sicherung des Friedens«. Er hat seinerseits zur Unterzeichnung folgender Erklärung aufgefordert:

»Jedes Staatswesen ist verpflichtet, nach Kräften das Leben seiner Bürger und deren grundlegende Menschenrechte zu schützen. Dieser Schutz ist nicht nur gegenüber kriminellen Handlungen im Inne-

ren, sondern auch gegen auswärtige Mächte erforderlich, die mit äußerer Gewalt die Freiheit und die Menschenrechte gefährden. Die Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens muß dabei der leitende Gesichtspunkt sein. Soweit dafür eine militärische Sicherung nötig ist, bejahe ich sie. Ich bejahe vor allem jede Bemühung um Abrüstung auf der Basis eines ausgewogenen Kräfteverhältnisses«.

Die Erklärung wird in 10 Thesen erläutert, die sich zugleich mit der Parole »Ohne Rüstung leben« auseinandersetzen. Die Thesen gehen von der allgemein in der Christenheit akzeptierten Überzeugung aus, daß der Krieg nicht mehr als ein legitimes Mittel der Politik gelten darf und daß darum auch eine Lehre vom gerechten Krieg der heutigen Situation nicht mehr entspricht; vielmehr sei es heute ein grundlegender Auftrag der Christen, an der Erhaltung des Friedens und an der Eindämmung von Entwicklungen, die zu Kriegen führen, mitzuwirken. Auf der anderen Seite sprechen sich die Thesen aus christlicher Verpflichtung dafür aus, dem Staat die Machtmittel bereitzustellen, »durch die Gewaltakte einzelner Menschen oder ganzer Staaten verhindert werden können«.

d) »Schritte zur Abrüstung«

Eine andere Position vertritt die Evangelisch-Katholische Arbeitsgruppe »Schritte zur Abrüstung«, die unter diesem Titel im Mai 1981 ein Memorandum vorgelegt hat. Die Gruppe will dem Friedensmandat der Kirchen Rechnung tragen und ihnen helfen, ein exemplarisches innerkirchliches Gespräch über Abrüstung und Sicherheit zu führen, natürlich mit dem Ziel einer Einwirkung auf politische Entscheidungen. Dazu sollen die einander ausschließenden Positionen in der gegenwärtigen kirchlich-theologischen Diskussion zu einem Handlungskonsensus in ihrem Einsatz für Abrüstung geführt werden, ohne daß vorher eine Übereinstimmung in den Ausgangspositionen erreicht ist.

Die Arbeitsgruppe legt dazu das Konzept einer »gradualistischen Abrüstungsstrategie« vor. Die Verfasser beschreiben ihren Vorschlag wie folgt:

»Die ›gradualistische Strategie‹ beginnt mit einseitigen Schritten, zielt mit ihnen aber gerade auf erhoffte Reaktionen des Gegners und kommt ohne solche Reaktionen der anderen Seite nach einiger Zeit

zum Erliegen. Sie hat als ihr Fundament die Bewahrung einer ausreichenden, zur Zeit auch noch nuklearen Abschreckungskapazität, die so groß sein muß, daß ein Angriff des Gegners zu einem nicht kalkulierbaren Risiko für ihn wird. Auf dieser Grundlage verzichtet eine gradualistische Abrüstungsstrategie freilich auf militärisches Gleichgewicht, beginnt vielmehr mit genau durchdachten, einseitigen Abrüstungsschritten. Sie kündigt diese Schritte dem Gegner an und erklärt sie als Maßnahmen, mit denen die defensive Absicht der eigenen Militärmacht und der Wunsch nach Verständigung und Entspannung glaubhaft gemacht wird. Sie fordert den Gegner zu entsprechenden Schritten auf, setzt aber die eigenen Abrüstungsschritte über einen beträchtlichen Zeitraum hin fort, selbst wenn die Reaktionen der Gegenseite unbefriedigend sind oder sogar ausbleiben. « Ängste und Mißtrauen sollen dadurch abgebaut werden. Kein Land und Bündnissystem werde sich auf Dauer einer erkennbar veränderten Grundeinstellung seines Gegners entziehen können:

»Gradualismus ist also, kurz gesagt, eine Strategie einseitiger, kalkulierter Abrüstungsschritte, um so die Basis für aussichtsreichere zweiseitige Verhandlungen zu schaffen«. Dazu werden drei Schritte vorgeschlagen:

1. Verzicht auf neue Atomwaffen und Verminderung der vorhandenen Potentiale.
2. Umrüstung der Bundeswehr, so daß diese zwar zu einem wirksamen Schutz des eigenen Territoriums fähig, aber zu einem Angriff über unsere Grenzen hinaus strukturell unfähig ist.
3. Verbot von Rüstungsexporten in Gebiete außerhalb der NATO, und zwar aus ethischen wie aus Gründen der eigenen Sicherheitsinteressen.

TEIL B

IV. Zur christlichen Orientierung in der Friedensaufgabe

1. Das christliche Gebet um den Frieden und die Hoffnung des Glaubens

Die christliche Kirche hat die Aufgabe, die Hoffnung des Glaubens zu stärken angesichts der Ängste, die in der heutigen weltpolitischen Lage überall aufbrechen. Als Christen verschließen wir nicht die Augen vor den Verletzungen und Gefährdungen des Friedens. Aber wir verlassen uns darauf, daß die Erfahrungen der Gewalt, die diese Hoffnung zu widerlegen scheinen, nicht das letzte Wort behalten werden. Nur wer Hoffnung hat, hat auch Zeit für konsensfähige Lösungen der Probleme, die uns heute ängstigen.

Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist die von Christen geforderte Antwort auf den Frieden, den Gott in Jesus Christus verheißen hat. Auf seine gnädige Zusage hin antworten wir mit dem Zeugnis des Glaubens an die Versöhnung Gottes mit seiner Welt.

a) Der Friede Gottes

Die christliche Kirche bezeugt den Frieden Gottes in der Versöhnung durch Jesus Christus.

Die christliche Kirche bezeugt Frieden vor allem anderen als den »Frieden von Gott, unserem Vater, und dem Herrn Jesus Christus«, als die Versöhnung mit Gott, der »die Welt mit ihm selber versöhnte« und »unter uns aufgerichtet hat das Wort von der Versöhnung« (2. Kor. 5,19). Die Antwort des Glaubens auf diese Versöhnungstat Gottes ist darum die Bitte: »Lasset euch versöhnen mit Gott!« (2. Kor. 5,20). Diese Bitte beruft sich auf das biblische Zeugnis vom Frieden Gottes: »Der Friede Gottes, welcher höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Christus Jesus« (Phil.

4,7). Im Glauben vertrauen wir darauf, daß wir selbst in Gottes Frieden bewahrt sind. Dieses Vertrauen ist das Fundament für die Gewißheit des Glaubens, daß »der Gott des Friedens mit euch sein« wird (Phil. 4,9). Dieses Bekenntnis des Glaubens nimmt unsere Vernunft hinein in die Gemeinschaft mit Gott und befreit sie von hoffnungsloser Angst zu der Zuversicht, daß Gott im Regimente sitzt. Dieses Bekenntnis ist der Rückhalt in aller Sorge um den Frieden der Welt und in der Suche nach den richtigen Wegen, ihn zu bewahren, zu fördern und zu erneuern. Diese Hoffnung und Zuversicht bekennt die Kirche in ihrem Gebet: »Verleih uns Frieden gnädiglich, Herr Gott, zu unsern Zeiten. Es ist doch ja kein anderer nicht, der für uns könnte streiten, denn du unser Gott alleine«.

b) Die Versöhnungsbedürftigkeit der Welt

Die christliche Kirche richtet ihr Zeugnis aus in Solidarität mit der unerlösten Welt, die der Versöhnung Gottes bedürftig ist.

Die christliche Kirche weiß im Gebet um den Frieden, daß unsere Welt immer noch der Versöhnung bedürftig ist. Die Verkündigung der Kirche bezeugt die Zusage und die Gabe des Friedens Gottes, auf den sich der Glaube verläßt, in einer unerlösten Welt, die des Beistandes Gottes bedarf. Der Friede in der Welt, unter Menschen und Völkern, ist seit jeher durch Sünde und Feindschaft bedroht. Die Kirche nimmt an der Sorge um den Frieden teil, nicht aus einer Position der Überlegenheit, sondern solidarisch mit der Welt, in die sie verflochten ist, und im Vertrauen darauf, daß Gott die Zusage seines Friedens einhalte.

Das Gebet um den Frieden und die Verkündigung des Glaubens gelten darum allen Menschen, Christen wie Nichtchristen. Aber als Christen dürfen wir uns zuerst darauf besinnen, daß wir in der Friedensaufgabe von der Gabe des Friedens Gottes leben. So können wir uns untereinander vor einem hoffnungslosen Streit in der Friedensfrage bewahren und durch unsere eigene Haltung zu einem friedlichen Umgang mit den Problemen des Friedens in der Welt beitragen. Als Christen sind wir zu einem dem Glauben gemäßen Umgang mit den politischen Fragen des Friedens in unserem Land und über die Grenzen politischer Systeme hinweg aufgerufen.

c) Der Dank für Gottes Barmherzigkeit

Die christliche Kirche bezeugt den Dank für Gottes Barmherzigkeit, indem sie die Zeichen der Ermutigung zum Frieden in einer friedlosen Welt stärkt und fördert.

Zum christlichen Gebet um den Frieden gehört der Dank dafür, daß Gott in Christus am Leiden der Welt teilnimmt, in ihm den Tod überwindet und uns von der Furcht vor diesem Tode befreit. »Gott sei Dank, der uns den Sieg gibt durch unsern Herrn Jesus Christus« (1. Kor. 15, 57). Der Glaube daran, daß Gott am Ende aller Zeiten Herr bleibt über alle Mächte und Gewalten dieser Erde, läßt uns dankbar auf alle Zeichen der Ermutigung in der Welt achten, sie aufnehmen und unterstützen. Der Dank für Gottes Barmherzigkeit wehrt der Resignation und dem Fatalismus und ruft dazu auf, die guten Kräfte zu stärken und dem nachzudenken, was dem gemeinsamen Leben vor Gott förderlich ist und dient (Phil. 4, 8). Damit ist die Kirche auch in die Verantwortung hineingestellt, zu prüfen, welche Kräfte sie unterstützt und wo sie, gerade in der politischen Wirklichkeit, Zeichen der Ermutigung findet. Sie kann um des Glaubens willen dem Lauf der Welt nicht uninteressiert gegenüberstehen. Diese Haltung des Dankes leitet auch die christliche Erziehung als einen Beitrag zum Frieden in der Welt.

d) Die Vergebung als Kraft des Friedens

Die christliche Kirche bringt die Klage über Schuld und Leiden in der Welt vor Gott im Vertrauen auf Gottes Vergebung.

Das christliche Gebet umschließt auch die Klage über die eigene Unfähigkeit zum Guten und über die Leiden und Konflikte in der Welt. Die Freiheit, Gott im Gebet unsere Klagen vorlegen zu dürfen und sie ihm anzuvertrauen, muß sich in einer Haltung des Glaubens bewähren, die von Schuldvorwurf und von Schuldzuweisungen an andere befreit. Die Klage vor Gott mündet im christlichen Gebet in die Bitte um Vergebung, wie sie im Gebet des Herrn ausgesprochen wird: »Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern«. Die Vergebung, die wir von Gott erbitten und empfangen, schulden wir uns auch untereinander. Nur so werden wir frei dazu, in Konflikten zusammenzubleiben und das gemeinsame Leben nicht aufzukündigen.

Das Vertrauen und die Hoffnung auf die Kraft der Vergebung sind keine Entschuldigung vor der Verantwortung, die uns als Menschen in dieser Welt und für diese Welt übertragen ist. Darum verbindet sich mit dem Klagegebet für die Christen die Mahnung, nicht nachzulassen, das Gebot Gottes zu erfüllen. »Darum richtet auf die lässigen Hände und die müden Knie«. »Jaget dem Frieden nach gegen jedermann und der Heiligung, ohne die niemand den Herrn sehen wird« (Hebr. 12, 12. 14). Die Vergebung unserer Schwäche und unserer Schuld befreit uns zur Umkehr und zur Änderung unseres Lebens, das sich auch im Versagen in Gott geborgen weiß. Dieses gemeinsame Vertrauen ist das Fundament der Solidarität in den Konflikten der Welt und bindet uns in der oft widersprüchlichen Suche nach dem richtigen Handeln aneinander.

e) Die Fürbitte für alle Menschen

Die christliche Kirche schließt in ihr Fürbittengebet alle Menschen ein, besonders diejenigen, die für andere Verantwortung tragen, sowie diejenigen, die Opfer von Unfrieden und Gewalt sind.

Zum christlichen Gebet gehört die Fürbitte für alle Menschen, besonders die Fürbitte für diejenigen, die stellvertretend Verantwortung in der Welt tragen. »So ermahne ich nun, daß man vor allen Dingen zuerst tue Bitte, Gebet, Fürbitte und Danksagung für alle Menschen, für die Könige und für alle Obrigkeit« (1. Tim. 2, 1). Das Fürbittengebet hat im Gottesdienst der Kirche einen festen Ort, weil die Kirche die von Gott Menschen anvertraute Verantwortung unterstützt und mit ihrem Zuspruch stärkt. Wenn die Kirche die besondere Verantwortung der Politiker anerkennt, bedeutet das nicht, deren Handeln unkritisch zu bestätigen.

Das gemeinsame Leben der Menschen auf dieser Erde ist vor Gott zu verantworten und darf nicht der Selbstsucht und Selbstdurchsetzung unterworfen werden. Darum gilt die Fürbitte der Kirche den Leidenden, besonders denjenigen, die von Mißbrauch und Irrtum politischer Macht betroffen sind und unter deren Folgen leiden. Gegenüber einem solchen Mißbrauch der Verantwortung ist jedermann zur Mitverantwortung gerufen. Die Bewahrung vor der Zerstörung des Lebens, vor den Mächten des Bösen, ist ein Dienst, den Gott von uns fordert und für den wir darum seine Hilfe anrufen dürfen und sollen.

So umfaßt die Fürbitte auch das Gebet für die Feinde, wie es in der Bergpredigt gelehrt wird: »Bittet für die, die euch beleidigen und verfolgen« (Matth. 5,44). Denn auch unsere Feinde sind aus der Verantwortung für das gemeinsame Leben nicht entlassen, auf die wir uns gegenseitig, bei aller Gegensätzlichkeit, immer ansprechen können und müssen. Deshalb enthält das Gebet für die Feinde immer den Aufruf, der Feindschaft und der Trennung nicht das letzte Wort zu lassen, nach ihrer Überwindung zu trachten, die gegenseitige Annahme zu sehen und Wege ihrer Realisierung zu stärken, um den feindlichen Beziehungen unter Menschen nicht das Feld verantwortlichen Handelns einzuräumen.

f) Die Gemeinschaft Gottes mit den Menschen

Die Kirche bezeugt im Gottesdienst die Gemeinschaft Gottes mit den Menschen, die zur Gemeinschaft der Menschen untereinander und zur Ordnung des Friedens führen will.

Im Friedensgruß »Friede sei mit euch« bezeugt die Kirche im Gottesdienst, vor allem in der Feier des Abendmahls, die Gemeinschaft untereinander. Sie gründet in dem neuen Bund, den Gott mit den Menschen geschlossen hat und in Jesus Christus besiegelt hat. Diese Gemeinschaft nimmt den Glauben in Anspruch für Gottes Bündnis mit der Welt. Sie ruft dazu auf, auch in der Welt Verbindungen zu schaffen, die auf beständige Gemeinschaften zielen, die Verträglichkeit unter den Menschen, auch durch Verträge, zu befördern und an einer umfassenden Ordnung des Friedens mitzuwirken. Die Gemeinschaft des Abendmahls ist auch die vorläufige Darstellung der Gemeinschaft mit Gott und bezeugt, daß auch die christliche Gemeinschaft offen ist für die endgültige Verwirklichung der Gemeinschaft mit Gott. Wir können die endgültige Gemeinschaft mit Gott in der weltlichen Verantwortung nicht vorwegnehmen. Aber sie gibt uns im Glauben den Richtungssinn und enthält die Weisung und Orientierung, die uns allen widerstreitenden Kräften zum Trotz leiten soll.

Die Hoffnung des Glaubens, von der wir bisher gesprochen haben, gründet in Gottes Friedensangebot und nicht in menschlicher Selbstsicherheit. Der Glaube weist der Verantwortung für den Frieden in der Welt eine bestimmte Richtung. Das Gebot Jesu in der

Bergpredigt »Ich aber sage euch: Liebet eure Feinde« (Matth. 5,44) und die Verheißung der Seligpreisung »Selig sind die Friedfertigen; denn sie werden Kinder Gottes heißen« (Matth. 5,9) gelten allen, die die Botschaft Jesu hören; sie sind grundlegend für das Zeugnis und das Handeln der Christen in der Welt. Das Gebot der Feindesliebe fordert nicht, daß wir uns unterwerfen oder anbiedern, sondern daß wir auch den Gegner annehmen als einen – wie wir selbst – sündigen, von Hoffnungen, Ängsten und Aggressionen getriebenen Menschen. Als Christen wissen wir, daß das Gebot der Feindesliebe nicht als Forderung an andere gehandhabt werden darf, um ihnen vorzuschreiben, was sie tun sollen, oder um sie zu verurteilen; es stellt die Christen unter die Pflicht, den Geist der Feindschaft zu überwinden und nach Wegen zu suchen, wie in allen Bereichen – gerade auch in der Politik – an die Stelle von Feindschaft neue Formen des gemeinsamen Lebens und der Zusammenarbeit treten können. Die Verheißung der Seligpreisung ermutigt dazu, in den Auseinandersetzungen und Leiden dieser Welt dem Friedenswillen Gottes zu folgen, unser Handeln vom Ziel des Friedens prägen zu lassen und das eigene Handeln nicht von Feindschaft oder von den Feinden diktieren zu lassen. Die Kirche lehrt mit den Worten Jesu aus der Bergpredigt gerade nicht den Verzicht auf verantwortliches Handeln; sondern sie lehrt die Christen, in welche Richtung die Verantwortung vom Willen Gottes gewiesen ist.

2. Verantwortung für den Frieden

Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist das Gebot, dem jede politische Verantwortung zu folgen hat. Diesem Friedensgebot sind alle politischen Aufgaben zugeordnet. In der Zielrichtung christlicher Ethik liegt nur der Frieden, nicht der Krieg. Das Friedensgebot ruft auf zur Bejahung des Lebens auch und gerade in Situationen des Konfliktes. Das Amt der politischen Verantwortung ist deswegen eine gnädige Anordnung Gottes, in der Gott den Menschen seine Liebe zuwendet, weil es im Dienst dieses Friedensgebotes steht, um der Gewalt und dem Unrecht zu wehren. Von diesem Friedensgebot her empfängt die besondere politische Verantwor-

tung ihren Auftrag, in dem sie gestärkt, von dem her sie aber auch kritisch beurteilt werden muß. Die Aufgabe, das anvertraute gemeinsame Leben vor innerer und äußerer Bedrohung zu schützen, muß in der Art und Weise, wie sie wahrgenommen wird, selbst dem Frieden dienen und darf nicht zur Quelle von Gewalt und Krieg werden. Die politische Verantwortung für den Frieden gerät immer dann in Gefahr, wenn sie sich allein von militärischen Vorstellungen und Mitteln der Friedenssicherung bestimmen läßt und an sie die Initiative in der Friedensaufgabe abgibt. Angesichts der Übermacht militärischer Gewaltpotentiale in den politischen Gegensätzen der heutigen Welt geht es deswegen darum, diesen politischen Auftrag aus den Zwängen allein militärischer Sicherheitsvorkehrungen zu befreien.

Heute erscheint es als vorrangige Aufgabe, zunächst einmal die Abwendung eines Krieges zu erreichen und einer Kriegsgefahr, wie sie sich aus dem Stande der Rüstung zwischen den großen Machtblöcken erzeugt, entgegenzutreten. Aber der Friede ist heute nicht allein von Waffen bedroht, sondern auch durch soziale und ökonomische Spannungen und weltweite Ungerechtigkeiten. Auch wo die Gefährdung des Friedens heute unterschiedlich beurteilt wird, ist das Friedensgebot das Ziel, das von verschiedenen Positionen aus gemeinsam bejaht wird.

a) Friede als Bejahung des gemeinsamen Lebens

Der politische Sinn der Friedensaufgabe liegt in der Bejahung des gemeinsamen Lebens unter den Menschen und Völkern. Die politische Verantwortung hat diese Bejahung auf friedliche und lebensdienliche Weise zu gestalten.

Wo es um politische Verantwortung für den Frieden geht, geht es innerhalb einer Gesellschaft immer auch um Verbindungen und Ordnungen, die der sozialen Verträglichkeit der Menschen untereinander dienen. So ist gerade ein demokratisches Gemeinwesen, das in einer offenen Auseinandersetzung von verschiedenen Meinungen, Interessen und Parteien lebt, auf Ordnungen und Verträge angewiesen, die in allen Auseinandersetzungen den »inneren« Frieden gewährleisten. Wichtige Elemente dieser inneren Ordnung des Friedens sind die rechtsstaatliche Ordnung, die Leistungen der So-

zialpolitik, die Erziehung der heranwachsenden Bürger sowie die offene und freie Meinungsbildung. In diesen Kontext ist auch die freie Mitwirkung der Kirchen für den inneren Frieden eingebunden. Friede als Bejahung des gemeinsamen Lebens nimmt darum alle Menschen eines Gemeinwesens in Anspruch. Das Bewußtsein von der Gemeinsamkeit der politischen Verantwortung für den Frieden muß immer neu gestärkt und aufgebaut werden. Politische Verantwortung und Friedensbereitschaft gehören insofern unlöslich zusammen, weil eine gute Ordnung des Friedens auf die freie Mitwirkung aller Bürger angewiesen ist und nicht Friedensvorstellungen ausgeliefert sein darf, die sich einer gemeinsamen und konsensfähigen Verantwortung entziehen. Das besondere politische Amt in Regierung und Politik ist nur in dieser Stellvertretung für das gemeinsame Leben gerechtfertigt. Der Schutz des gemeinsamen Lebens vor Kräften der Zerstörung und der Gewalt ist in diese Verantwortung für den Frieden eingebunden. Er bildet für sich allein aber nicht das Fundament für die politische Erfüllung des Friedensgebotes. Innerer Friede ist zuerst Aufgabe politischer Gestaltung und erst dann staatlicher Ordnungsmacht. Sie kann daher auch nicht einfach der Polizei aufgebürdet werden.

Entsprechendes gilt nun auch von der politischen Verantwortung für den Frieden zwischen den Staaten. Der »äußere« Friede wird durch Vereinbarungen, Zusammenschlüsse und Unionen und durch deren Fortentwicklung gefördert. Auch der »äußere« Friede kann nicht allein und nicht einmal in erster Linie durch militärische Kräfte und Potentiale gewährleistet und bewahrt werden. Darum wäre es auch ganz unzureichend, wenn die politische Friedensaufgabe zwischen den Völkern allein in Kategorien der gegenseitigen Bedrohung mit militärischer Gewalt konzipiert wird. Die Erneuerung des politischen Auftrages, wie er dem theologischen Grundsinn des politischen Amtes entspricht, muß deswegen heute vor allem darauf abzielen, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Kooperation als die bessere und langfristig hoffnungsvollere Weise des gemeinsamen Lebens unter den Völkern zu stärken und mit neuem Nachdruck für die politische Aufgabe, Frieden zu bewahren, ins Spiel zu bringen. Insofern stehen wir in einer kritischen Phase der Friedensdiskussion. Auch die Friedensdiskussion in der Kirche darf sich nicht allein

auf die Problematik der Waffen und auf Fragen der Rüstung der großen Machtblöcke konzentrieren, sie würde sonst den besonderen politischen Gehalt der Verantwortung für den Frieden nur unzureichend erfassen. Das theologische Verständnis der Verantwortung für den Frieden und des politischen Amtes muß davor warnen, die Friedensfrage allein in militärischen Kategorien zu sehen, so wichtig diese als Symptome einer ernsthaften Gefährdung der spezifisch politischen Verantwortung sind.

b) Einstellungen zum Frieden

Die Mitwirkung an der Friedensaufgabe verlangt von allen, die sich an ihr beteiligen, daß sie sich der politischen Reichweite des Friedensgebotes bewußt werden und auch bei tiefgreifenden Unterschieden und Gegensätzen das Recht des anderen anerkennen.

Wer an der politischen Friedensaufgabe mitwirken will, kann sich nicht mit dem Bekenntnis begnügen, Frieden zu wollen, d. h. seine Friedensgesinnung und Friedenseinstellung zu bezeugen. Er muß sich auf die politischen Konflikte einlassen, die heute zu den friedensgefährdenden Gegensätzen führen (vgl. Teil I). Die Konflikte und tiefgreifenden Spannungen unter den Völkern, die es gibt und die den Frieden immer wieder gefährden, sind mit der eigenen Gewissensentscheidung und mit der eigenen Gesinnung allein nicht ausreichend erfaßt. Will man dem Frieden wirklich – und das heißt praktisch – dienen, so ist die eigene Gewissensentscheidung zu überführen in die Wahrnehmung praktischer politischer Verantwortung. An dieser Stelle muß die Friedensdiskussion, die wir in Kirche und Gesellschaft führen, ansetzen und fortgeführt werden. Die Konflikte unter den Völkern beruhen auf sozialen Spannungen und ökonomischen Interessen, auf der Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit moralischer, religiöser und vor allem politischer Überzeugung. Die Friedensdiskussion wird erst dort verantwortlich geführt, wo die Existenz dieser Konflikte und Gegensätze anerkannt wird. Friedensaufgabe heißt: Bejahung des Lebens in Konflikten. Diese Konflikte müssen in die Erörterung der Friedensaufgabe mit einbezogen werden. Durch die Erklärung eigener Überzeugungen allein werden solche Konflikte nicht aus der Welt geschafft, sondern unter Umständen eher verschärft.

Auch vom theologischen Verständnis der politischen Verantwortung her ist es darum geboten, die politischen Probleme selbst zu erkennen, die den Konflikten zugrunde liegen und die deswegen einer friedlichen Lösung bedürfen, weil wir sie nicht einfach aus der Welt schaffen können, sondern mit ihnen leben müssen. Die Friedensaufgabe zielt darauf ab, Frieden auch in Konflikten zu bewähren, d. h. ihn politisch zu gestalten in Schritten, die gemeinsames Leben ermöglichen. Die politische Verantwortung für den Frieden unter den Völkern muß sich – jedenfalls noch heute (vgl. Teil V, 3 b) – an der gegenseitigen Anerkennung von unausweichlichen Unterschieden und Differenzen orientieren. Eine solche Verantwortung unterscheidet sich deutlich von der Vorstellung, man könnte Gegensätze und Konflikte durch die einseitige Unterwerfung des einen unter den anderen beseitigen. Genauso unangemessen ist es dann aber auch, wenn die Einstellung zur Friedensaufgabe allein an militärischen Gewaltmitteln orientiert ist, mit denen sich Konfliktgegner gegenseitig bedrohen. Denn auch in diesem Falle wird dem politischen Auftrag zum Frieden nicht mehr genügend und selbständig Raum gegeben. Von diesem Problem wird darum im folgenden Abschnitt gesprochen.

c) Die politische Sicherung des Friedens

Die Sicherung und Erneuerung des Friedens unter den Völkern kann nicht allein und nicht auf Dauer durch militärische Gewaltmittel gelingen. Darum gebietet es die heutige weltpolitische Situation, den Vorrang einer umfassenden politischen Sicherung des Friedens vor der militärischen Rüstung wiederzugewinnen.

Von den Voraussetzungen her, unter denen wir bisher von der Friedensaufgabe gesprochen haben, ist die heutige Auseinandersetzung um militärische Rüstung zwischen den großen Machtblöcken zu beurteilen. Das christliche Verständnis des politischen Auftrages muß dazu veranlassen, die Vorherrschaft militärischer Rüstung in den Beziehungen der Großmächte kritisch ins Auge zu fassen und zu einer umfassenden, spezifisch politischen Verantwortung in den Beziehungen der Völker untereinander aufzurufen.

Für die Probleme von Gewalt und Krieg ist allein Friede der Maßstab. Krieg kann heutzutage nicht mehr als Fortsetzung der Politik

mit anderen Mitteln ausgegeben werden. Krieg bedeutet, prägnant und ohne Abstriche, das Scheitern von Politik. Das Drohen mit Krieg ist keine verantwortbare Politik. Die politische Aufgabe ist es, Gewaltdrohung durch Friedenspolitik zu überwinden. In dieser Perspektive stehen die Probleme der heutigen Friedensdiskussion.

Die dringendste Frage an die Politiker ist heute, ob der Stand der Rüstung und der Waffenentwicklung nicht einem Punkte zustrebt, an dem die Waffentechnik von sich aus das Scheitern der Politik im Spannungsfeld der großen Machtblöcke wahrscheinlich macht. Die Sorge um den Frieden schlägt deshalb in eine neue Stufe der Besorgnis um, wo sich die Gefahr abzeichnet, daß die politisch Verantwortlichen nicht mehr Herr der militärischen Mittel sind, deren sie sich zur Sicherung des Friedens bedienen. Wenn diese Frage aufgeworfen wird, so wird damit nicht unterstellt, daß Politiker in beiden Lagern etwas anderes wollen als den Frieden. Das Risiko politisch nicht beabsichtigter kriegesischer Auseinandersetzungen wird jedoch durch die Waffenentwicklung objektiv erhöht. Die Rüstung ist (wie in Teil I, 2 c dargelegt) aus militärtechnischen Gründen in ein höchst brisantes und gefährliches Stadium getreten. Mit der zunehmenden waffentechnischen Verfeinerung wird die Gefahr akut, daß Rüstung und militärisches Kalkül sich gegenüber der politischen Zielsetzung selbständig machen. Für die politisch Verantwortlichen wird es immer schwieriger, sich den Forderungen und Zwängen der Rüstungstechnik zu entziehen, obwohl Neuerungen in der Rüstungstechnik einschneidende politische Folgen haben. Die neuen atomaren Waffen können präziser eingesetzt werden, und die sog. konventionellen Waffen können in ihrer Wirksamkeit bis an die Schwelle der Wirkung atomarer Waffen verstärkt werden, so daß partielle militärische Vorteile wieder kalkulierbar zu werden scheinen. Einer Kriegsführungsfähigkeit als Bestandteil des Sicherheitskonzepts der militärischen Rüstung bieten sich damit Wege, wie das im bisherigen globalen System des Gleichgewichts des Schreckens nicht der Fall war. Die Diskussion über atomares Gleichgewicht zeigt zudem, heute vielleicht deutlicher als früher, daß es kein eindeutiges materielles Gleichgewicht der militärischen Kräftepotentiale gibt (vgl. Teil I, 4 b), das gleichsam mit militärischer Automatik den Krieg verhindert. Die militärische Rüstung mußte

und muß immer politisch verstanden werden, d. h. mit gegenseitig klar erkennbaren politischen Zielen der Friedenssicherung verbunden sein. Die Entwicklung der militärischen Rüstung darf nicht einseitig die Richtung der Politik bestimmen.

In dieser Situation muß heute eine Stärkung der politischen Verantwortung für den Frieden gefordert werden. Diese Verantwortung kann nicht an Waffen abgegeben werden. Die Befürchtung, daß Rüstung und militärische Maßnahmen der Kriegsverhinderung sich gegenüber dieser politischen Aufgabe verselbständigen, entzieht sonst der Politik das Vertrauen.

Darum muß nach neuen Wegen gesucht werden, um die politischen Wege der Konfliktbewältigung gegenüber der militärischen Verfestigung des Weltkonfliktes zu stärken und zu erneuern. Diese Bemühungen können sicher nicht in einem einzelnen Akt bestehen. Dazu ist Verhandlungsbereitschaft und eine erneute Diskussion der politischen Ziele der Friedenssicherung vonnöten, in der die schrittweise Abkehr von den dominierenden militärischen Vorstellungen des Gleichgewichts und der Konfliktbewältigung hin zu neuen und anderen Formen gegenseitiger Anerkennung im Konflikt und innerhalb des Gleichgewichts der Kräfte vorbereitet werden. Das Ziel muß die Ausbildung einer politischen Friedensordnung sein, die den Abbau militärischer Gewaltmittel möglich macht. Auf dem Wege dahin bleibt es die erste Aufgabe, Krieg zu verhüten.

In Zusammenfassung aller dieser Argumente gilt: Die Friedensdiskussion muß den Weg zu einer den neuen Aufgaben gemäßen Friedenspolitik unterstützen. Dabei dürfen Christen nicht abseits stehen oder sich verweigern, sondern sie müssen geduldig und aktiv ihren Beitrag leisten.

d) Der Krieg und der Wille Gottes

Wenn wir von der Friedensaufgabe sprechen, sprechen wir von der menschlichen Verantwortung für den Frieden in der Welt. Auch das Vertrauen auf Gott als den Herrn der Geschichte erlaubt es nicht, Krieg als einen von Gott eröffneten Weg des politischen Handelns anzusehen.

In den Gemeinden wird auch die Frage gestellt, ob es nicht nach biblischem Zeugnis zu Gottes Plan mit der Welt gehört, daß es bis

ans Ende in der Welt Krieg geben wird, ja daß Kriege auch Anzeichen des bevorstehenden Endes und des kommenden Weltgerichts Gottes sein könnten. Diese Rückfrage, die sich an das Friedensbewußtsein unserer Tage richtet, erinnert mit Recht daran, daß die Menschen nicht letztlich Herr der Geschichte sind. Aber diese Erinnerung an die eschatologische Dimension von Krieg und Leiden wäre doch gründlich mißverstanden, wenn aus diesem göttlichen Vorbehalt gegenüber den Planungen von Menschen in irgendeinem Sinne abgeleitet werden könnte und sollte, daß Menschen deswegen die Führung von Kriegen von sich aus planen oder beabsichtigen dürften und nicht alles tun müßten, um Kriege zu verhindern. Es kann niemals darum gehen, daß wir meinen sollten, wir würden Gottes Plan besser gerecht, wenn wir uns auch auf die Führung von Kriegen einstellten. Das ist mit dieser Rückfrage auch nicht gemeint. Sie erinnert daran, daß für den Glauben ein Krieg, den zu verhindern von menschlicher und christlicher Vernunft verlangt ist, zwar die Verborgenheit Gottes, nicht aber dessen Abwesenheit von seiner Welt aufweist. Der Glaube, daß Gott in jedem Falle im Regimente sitzt, stärkt aber, über alle Möglichkeiten politischen Kalküls hinaus, das Gebot, daß für menschliches Handeln allein Friede der Maßstab ist und nicht der Krieg.

V. Die Friedensaufgabe der Kirche – jetzt

1. Unsere kirchlichen Spannungen fruchtbar machen

a) Die heutige Geltung der »Heidelberger Thesen«

Als die Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam feststellte: »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein«, legte sie damit ein Zeugnis für den Frieden ab. Dieses kann die Evangelische Kirche in Deutschland angesichts der heutigen Spannungen in der Welt nur unterstreichen und bekräftigen.

Auf dieses Zeugnis muß jeder Dienst, den die Christen für den Frieden leisten können, bezogen sein. Die »Heidelberger Thesen« suchen 1959 diesen Dienst zu leisten, indem sie die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Rechtfertigung des Atomkriegs nach der Lehre vom gerechten Krieg hervorheben, jedoch die Beteiligung an dem Versuch, durch Atomrüstung »einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen« (These VIII). Diese Anerkennung als »heute noch möglich« bedeutet, daß sie nicht unbefristet gilt, sondern daß sie an eine bestimmte weltpolitische Situation gebunden ist und daher durch die Entwicklung überholt werden kann; in ihr drückt sich das Bewußtsein aus, daß dieser Versuch mißlingen kann. Menschen, die an sie die Erwartung knüpften, daß der Versuch einer Kriegsverhinderung durch atomare Abschreckung mit der Zeit durch andere Formen, einen Frieden in Freiheit zu sichern, abgelöst werden würde, sehen sich heute enttäuscht. Nicht nur wurden keine entscheidenden Fortschritte in der Ablösung der militärischen Kriegsverhütung durch nichtmilitärische Friedenssicherung erzielt. Darüber hinaus wird auch die Gefahr ihres Mißlingens immer deutlicher. Darum sehen es viele Christen als überholt an, die Beteiligung am Versuch der Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung noch als mögliche christliche Handlungsweise anzuerkennen. Sie erwarten als Friedensdienst der Kirche heute, daß die Kirche die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch atomare Abschreckung zu sichern, nicht mehr als christliche Handlungsmöglichkeit anerkenne.

1959 stellten die »Heidelberger Thesen« die Kirche vor die Aufgabe, »das Bewußtsein wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf« (zu These X). Es trifft zu, daß dieser Zustand auch 1981 noch dauert. Deshalb müssen unsere Kirchen und Gemeinden zuerst sich selbst betroffen der Frage aussetzen, ob sie nicht mehr für seine Überwindung hätten tun können und was sie heute dafür tun können. Auch die Christen haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten an den brisanten Zustand gegenseitiger atomarer Vernichtungsdrohung bei stetig wachsenden Rüstungspotentialen gewöhnt, und wo die Beunruhigung darüber wachgehalten oder geweckt wurde, hat sie keinen Umschwung bewirken können.

Zwar gab es, wie gezeigt wurde (Teile II und III), Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und politische Entspannung, die auch von der Kirche unterstützt worden sind. Aber über die Schwierigkeit dieser Bemühungen ist das Ziel, Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung effektiv durch eine politische Friedensordnung zu ersetzen, in den Hintergrund getreten. Die Rüstungsspirale konnte weitergedreht werden, ohne daß die Kirche und andere Kräfte der Öffentlichkeit dagegen vernehmlich und durchdringend ihre warnende Stimme erhoben. Stattdessen hat sich das Gefühl verbreitet, daß sich der Zustand der Atomrüstung nicht grundlegend ändern lasse.

Wenn heute eine so engagierte politische Bewegung gegen den Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 Widerstand leistet, so liegt das nicht zuletzt daran, daß viele Menschen im Handeln der Politiker, die diesen Beschluß tragen, keine überzeugte und überzeugende Perspektive auf eine effektive Überwindung des atomaren Wettrüstens erkennen. Die Aufgabe, das Bewußtsein dafür wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf, besteht heute dringender als vor 22 Jahren. Deshalb wächst gerade auch in der Kirche die Zahl derer, die keine Geduld mehr haben und den Zustand der atomaren Konfrontation und des Wettrüstens nicht mehr erträglich finden. Die Kirche hat für sie Achtung und Verständnis. Gerade auch in der heutigen Situation muß die Kirche deswegen den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen (vgl. Heidelberger These VII).

Das atomare Zeitalter fordert von uns außerordentliche moralische

Anstrengungen. Zu ihnen gehört nicht nur, sich mit der Tatsache atomarer Rüstung nicht abzufinden, sondern vor allem gilt es auch, die Erkenntnis auszuhalten, daß es für einen Frieden in Freiheit weder durch atomare Rüstung noch durch den Verzicht auf sie eine Garantie gibt. Beide Optionen sind mit hohen Risiken verbunden, die sich schwer gegeneinander abwägen lassen. Sie werden auch von Christen aufgrund unterschiedlicher Analysen unterschiedlich eingeschätzt. Inzwischen ist kein wesentlicher Fortschritt zu einer Friedensordnung erzielt worden, die sich nicht auf atomare Abschreckung gründet. Die Kirche muß auch heute, 22 Jahre nach den »Heidelberger Thesen«, die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise anerkennen (vgl. Heidelberger These VIII). Deshalb hat die Kirche Achtung und Verständnis für diejenigen, die in der Bundeswehr Dienst leisten. Allein, diese Handlungsweise ist nur in einem Rahmen ethisch vertretbar, in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen.

Indem die Kirche diese Anerkennung unter der genannten Voraussetzung aufrechterhält, setzt sie sich dem Einwand aus, aufs Neue zu vertrösten. Sie kann das nur mit einer verstärkten Verpflichtung für sich selbst verbinden, alles in ihren Kräften Stehende für einen Abbau der Rüstung und für den Aufbau einer den Frieden auf andere Weise sichernden Ordnung des Zusammenlebens der Völker zu tun.

b) Der Sinn der Formel »Friedensdienst mit und ohne Waffen«

Die evangelische Kirche begleitet die politische Diskussion um Sicherheit und Frieden mit einer eigenen, oft leidenschaftlich geführten Diskussion. Die gegensätzlichen Entscheidungen, denen verschiedene Gruppen dabei folgen, haben sich seit dem Kirchentag 1967 in der Formel »Friedensdienst mit und ohne Waffen« niederschlagen.

Die evangelische Kirche ist immer wieder und mit Nachdruck für das Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen eingetreten. Sie hat dazu beigetragen, die Probleme offenzuhalten, die

im Gegensatz der Gewissensentscheidungen auftreten, und vor allem den Respekt der Christen voreinander in ihren gegensätzlichen Entscheidungen gefördert.

Die Formel wird inzwischen über die grundsätzliche Gewissensfrage hinaus zur Beschreibung alternativer politischer Optionen in der Friedenspolitik verwandt. Deswegen muß neu geprüft werden, ob die Formel »Friedensdienst mit oder ohne Waffen« nach ihrem sachlichen Gehalt und ihrem ethischen Recht auch ein Gleichgewicht politischer Entscheidungen bezeichnen kann. Dafür wird das Folgende zu bedenken sein:

»Friedensdienst mit Waffen« ist nur im Rahmen einer allgemeinen Friedenspolitik ethisch begründbar; die Formel soll nicht sagen, daß durch Waffengebrauch, also z. B. durch Kriegsführungsabsicht und deren Verwirklichung, die Friedensaufgabe erfüllt würde. Vielmehr ist eindeutig festzuhalten, daß die Formel »Friedensdienst mit Waffen« ihren Ort nur im Rahmen einer Politik des Friedens, der Verhandlungen, der vertraglichen Bindungen, der Entwicklungspolitik hat. So ist sie auch weithin vertreten worden.

Im Verhältnis dazu betont die Formulierung »Friedensdienst ohne Waffen« entschieden den Verzicht auf Waffen; sie bezeichnet vorwiegend die Ablehnung militärischer Bewaffnung überhaupt und der Beteiligung daran.

Mit dieser Ablehnung wird die Intention des Friedensbegriffs nicht schon erfüllt, obwohl diese Meinung vielfach vertreten wird. Wer über seine Gewissensgründe hinaus dem Frieden ohne Waffen dienen will, kann das nur mit politischen Mitteln tun und muß sich darum an der Konzipierung von Friedenspolitik beteiligen. Dies ist mit der Formel »Friedensdienst ohne Waffen« weder inhaltlich noch von ihrem Entstehen her zureichend ausgedrückt. Doch viele, die sich zur Friedensbewegung bekennen, tun das nicht allein um ihres eigenen Gewissens willen, sondern um ein politisches Zeichen zu setzen. So wendet man sich in der gegenwärtigen Diskussion über Friedensdienst ohne Waffen immer stärker der Frage nach alternativen Strategien der Verteidigung zu. Diese Frage aber betrifft eine Ebene, die durch die Formel »ohne Waffen« noch nicht abgedeckt ist.

Friedensdienst »ohne Waffen« oder – noch zugespitzter – die Parole

»Ohne Rüstung leben« steht darum heute neu zur Diskussion in der Kirche. Denn in einer Beziehung ist diese Parole alles andere als eine Utopie, sondern eine höchst reale Möglichkeit und Chance der Friedenspolitik. Es ist ja nicht so, als ob die Parole »Ohne Rüstung leben« in dieser Welt keinen Ort hätte. Sie hat vielmehr einen klar erkennbaren Ort und eine uns durchaus bekannte Realität. Überall dort, wo Vereinbarungen und Bündnisse gelingen, sei es im Sinne der Rechtsordnung des einzelnen Staates (innerer Frieden), sei es im Sinne gelingender Staatenbündnisse, gibt es die uns bekannte und zu fördernde Wirklichkeit, daß Menschen und Staaten ohne Rüstung miteinander leben können. Es ist möglich, kraft ernsthafter Politik der gegenseitigen Anerkennung von Recht und Interessen, Situationen zu befördern, in denen ohne Rüstung gelebt werden kann. Etwas plakativ ausgedrückt: Wir brauchen keine Rüstung gegenüber den USA, Frankreich, England, Holland, Belgien usw.; das ist keineswegs immer so gewesen, heute aber gilt es. Insofern kommt alles darauf an, in welcher Beziehung die Formel »Ohne Rüstung leben« aufgenommen und mit Leben erfüllt wird.

Auch die Formel »Friedensdienst ohne Waffen« hat darum ihr Rechts. Sie gilt in einer bestimmten Beziehung: Sie muß sich nämlich über die Bedingungen erklären, die erreicht und gewahrt werden müssen, damit die Situation eines Friedens ohne Rüstung sich halten kann. Sie kann nicht als »absolute« Formel, ohne diesen politischen Zusammenhang vertreten werden. Darum wäre sie auch in der kirchlichen Diskussion mißbraucht, wenn man so tun wollte, als ob es einen Verzicht auf Waffen aus christlichen Gründen »unbedingt« geben müsse, d. h. ohne die von uns geforderte Beteiligung an realer Friedenspolitik. Wenn sie nicht mit der Annahme einhergeht, wir lebten in einer Welt, die keine politische Sicherung des Friedens mehr nötig hätte, ist sie eine wichtige und konstruktive Formel zur Bestimmung und Erneuerung der Aufgabe, die mit dem Frieden gestellt ist.

Nur wenn man den politisch-ethischen Gehalt dieser beiden Positionen auseinanderhält, besteht Aussicht darauf, daß die Friedensdiskussion in der Kirche sich auf sachhaltige Problemfelder der Friedensaufgabe bezieht und nicht in dem Gegeneinander von Gesinnungspositionen endet. Wer den Frieden durch Waffen sichern will,

muß auch nach neuen Wegen suchen, einen friedlichen Umgang mit politischen Konflikten durch Vereinbarungen zu gestalten. Ohne Rüstung leben zu wollen, entbindet nicht von der Aufgabe, an neuen Wegen der politischen Sicherung des Friedens durch Verbindungen, Vereinbarungen und Verträge mit politischen Gegnern mitzuwirken.

Die Kirchen müssen sich sowohl in der Bundesrepublik wie in der Ökumene fragen, ob und inwieweit sie gut daran tun, sich in eine detaillierte Erörterung der Beschaffenheit und der Qualität von atomaren und konventionellen Waffensystemen und militärischen Strategiekonzeptionen zu verwickeln. Es gibt Gründe, die dafür sprechen. Aber wenn sich die Debatte an Fragen des Waffengebrauchs und der Weise der Beschaffenheit der Waffen festbeißt, werden auch Kräfte gebunden, die notwendig wären, um die politische Grundlagendebatte neu in Gang zu bringen bzw. diejenigen zu unterstützen, die dies zu tun versuchen.

Es ist alles andere als nebensächlich, worin die Kirche selbst das Schwergewicht der Entscheidungsfragen sieht, um die es heute geht. Ein Defizit an politischem Gehalt der kirchlichen Diskussion ist in dieser Hinsicht nicht zu übersehen. Was also kann die Kirche im Rahmen der neu in Gang gekommenen Friedensdiskussion tun?

2. Für den Frieden bilden

a) Friede als Lebensbedingung des technischen Zeitalters

Der Friede ist eine umfassende politische Aufgabe. Aber die politischen Handlungsmöglichkeiten stehen in engem Zusammenhang mit dem politischen Bewußtsein der Gesellschaft, in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung noch mehr als in einer staatssozialistischen. Die Kirche muß durch ihr öffentliches Wort das ihre dazu beitragen, der notwendigen Einsicht zum Durchbruch zu verhelfen, daß der Friede Lebensbedingung des technischen Zeitalters und Krieg unter keinen Umständen ethisch zu rechtfertigen ist. Krieg muß als politisches Mittel überwunden werden. Dies setzt voraus, daß eine neue Ordnung für das Zusammenleben der Völker

geschaffen wird – eine durchsetzbare internationale Friedensordnung. Die Rüstungstechnik hat sich dahin entwickelt, daß militärische Aktionen technisch wieder exakter eingegrenzt werden können. Dies könnte die Versuchung zur kriegerischen Konfliktaustragung befördern. Dadurch gewinnt die Aussage an Gewicht, daß durch keine Absicht oder Begründung eine kriegerische Aktion – gleich welchen Ausmaßes – jemals gerechtfertigt werden kann. Freilich gibt es auch zwischen Nationen wie innerhalb der Staaten Fälle, in denen der Gewalt nur durch Gewalt begegnet werden kann. Die grundsätzliche Verwerfung des Krieges als Mittel zur Lösung von Konflikten steht in einer Spannung zum Recht auf nationale Selbstverteidigung und zum Schutz der Menschenrechte. Diese Spannung läßt sich ohne eine internationale Friedensordnung, in deren Rahmen das Recht gewahrt und dem Unrecht gewehrt werden kann, nicht auflösen.

b) Gewöhnung an den Zustand atomarer Bedrohung verhindern

Die Kirche muß mehr als bisher dazu beitragen, daß der Versuch, Krieg durch atomare Abschreckung und militärisches Gleichgewicht zu verhüten, von jedermann als schwer erträgliches Provisorium verstanden wird, das mit dem hohen Risiko behaftet ist, Krieg herbeizuführen, statt ihn zu verhindern. Es ist zwar richtig: Weder eine Politik militärischen Gleichgewichts noch die bewußte Verringerung der Bedrohung des Gegners kann den Krieg ausschließen. Aber bei dieser lähmenden Feststellung darf es nicht bleiben. Die Kirche muß deshalb dafür sorgen, daß keine Gewöhnung an dieses Provisorium einer Kriegsverhütung durch atomare Bedrohung eintritt. Stattdessen muß sie auf Überwindung dieses Zustands drängen und konstruktiven Vorschlägen dazu in der öffentlichen Diskussion Raum schaffen.

c) Zu bewußtem und verständigem Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen anleiten

Bedrohtheitsvorstellungen sind auch dann ein Stück politischer Wirklichkeit, wenn objektive Gründe für sie nicht erkennbar sind. Sie können den Frieden zusätzlich gefährden. Bildung für den Frieden muß deshalb zu bewußtem und verständigem Umgang mit Be-

drohtheitsvorstellungen anleiten. Dabei geht es um die Änderung von Einstellungen und um praktisches Verhalten, das geeignet ist, Ängste zu mindern und Feindschaft zu überwinden. Auf solches Verhalten zielt das Gebot der Feindesliebe.

Zu einem bewußten und verständigen Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen gehört, daß man das Schlechte nicht nur im Gegner und im Gegner nicht nur das Schlechte sieht. Wie man den Konfliktpartner sieht, ist selbst ein Element des Konflikts. Den Frieden fördern kann nur eine Sichtweise und Wahrnehmung, die nicht sich selbst idealisiert und den Gegner dämonisiert, sondern das Augenmerk auf die realen beiderseitigen Ansprüche und Interessen richtet, die dem Konflikt zugrunde liegen; das erfordert nicht, daß die Unterschiede zwischen Gesellschaftsformen verwischt werden. Dies führt zur Aufgabe für die Politik, Klarheit darüber zu schaffen, welches die eigentlichen globalen Interessenkonflikte sind, und alle Möglichkeiten zu diskutieren, wie ihnen mit anderen als militärischen Mitteln gerecht zu werden ist.

Zu einem bewußten und verständigen Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen gehört weiter, daß man die Sicherheit des Gegners mitbedenkt und versucht, sich in seine Vorstellung von Bedrohtheit hineinzusetzen. Die Bildung von Vertrauen hängt wesentlich auch davon ab, daß man die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit des Gegners sucht und daß das Bemühen erkennbar und glaubwürdig wird, die gegnerische Sicherheit mitzubedenken. Das führt zur Frage an die Politik, auf welchem Wege dem gegenseitigen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen werden kann.

Es gehört zu einem bewußten und verständigen Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen auch, sich selbst dem Gegner in den Absichten und Handlungskonzepten bestmöglich durchschaubar zu machen. Offenheit der politischen Gegner macht sie einander in ihrem Tun kalkulierbar und kann Verunsicherung abbauen. Wir leben allerdings in unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen mit unterschiedlichen Informationsmöglichkeiten. Dadurch wird die Kenntnis und das Verständnis für die jeweils andere Position eingeschränkt; es gibt keine grenzenlose Offenheit.

Die Politik muß sich darum der Frage stellen, welche Schritte getan werden können, damit die Auseinandersetzungen über die ver-

schiedenen politischen Zielsetzungen in Ost und West frei von Verzerrungen geführt werden. Wie läßt sich die Festigkeit der eigenen Grundsätze auch jenseits militärischer Gebärden so überzeugend darstellen, daß Gegner sich in ihren wirklichen Absichten verstehen? Notwendiger als die Glaubwürdigkeit der Abschreckung ist die Glaubwürdigkeit des eigenen Friedenswillens. Schließlich verlangt ein bewußter und verständiger Umgang mit Bedrohtheitsvorstellungen, sich die eigene Aggressivität klarzumachen und Projektionen aufzudecken, mit denen man vom Gegner möglicherweise ein Feindbild aufbaut. Innere Schwierigkeiten werden häufig nach außen gewendet und produzieren Konflikte, die mit realen Interessengegensätzen nicht viel zu tun haben. Ausweglosigkeiten im Innern können Menschen so in Verzweiflung treiben, daß sie die Flucht in den Krieg suchen. Daraus ergibt sich an die Politik die Aufforderung, die Wurzeln der Schwierigkeiten im eigenen Bereich aufzudecken und jede Genugtuung über Schwierigkeiten des Gegners zu vermeiden.

d) Die Erfüllung der staatlichen Friedensaufgabe kritisch und konstruktiv begleiten

Die erhöhten Risiken der Weltlage, insbesondere durch das hohe Rüstungsniveau, bestimmen das Bewußtsein vieler Menschen in einer Weise, daß sie zunehmend am Sinn militärischer Rüstung und an der Möglichkeit militärischer Verteidigung zweifeln und verzweifeln. Die Kirche sollte das Bewußtsein dafür stärken, wie riskant militärische Rüstung ist. Die Sachdiskussion über Möglichkeiten zur Abrüstung ist eine dringende politische Notwendigkeit.

Die Kirche kann auch zur Versachlichung der Diskussion um den Frieden beitragen, indem sie den notwendigen Zusammenhang von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit begreiflich macht. Aus diesem Zusammenhang ergeben sich viele der Auseinandersetzungen, in denen wir stehen. Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich stets nur relativ verwirklichen. Vielfach läßt sich Krieg nur vermeiden um den Preis von Ungerechtigkeit oder durch einen Verzicht auf Freiheit. Verteidigungsbereitschaft jedoch verliert ihren Sinn, sobald sie die Funktion der Abschreckung nicht mehr erfüllen kann, und ein Atomkrieg auch zerstört, was verteidigt werden sollte. Die Wahl zwischen Frieden einerseits und Wahrung von Menschenrechten

und Freiheit andererseits darf nicht als politische Alternative hingenommen werden. Wer Menschenrechte und die Freiheit will, muß alle Anstrengungen auf die Kriegsverhütung konzentrieren. Wird dies im Meinungsstreit um die Wege, wie beide zu fördern sind, beachtet, so wird auch keine Position falschen Verdächtigungen ausgesetzt werden.

e) Bereitschaft zu Kompromissen wecken

Die politische Auseinandersetzung ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden. Der Graben zwischen politischen Standpunkten wird immer tiefer; politische Begriffe und Positionen werden gleichsam religiös aufgeladen. Der Kompromiß wird diffamiert, als würden durch Kompromisse in jedem Falle wirkliche Lösungen vertagt oder verhindert. In der Bereitschaft zum Kompromiß zeigt sich jedoch der Wille, miteinander und füreinander zu leben.

Die Kirche hat einen Beitrag dafür zu leisten, daß die Bereitschaft zum geduldigen Zuhören gefördert wird und eine den eigenen Standpunkt verabsolutierende Haltung, die sich nur auf alles oder nichts einläßt und die politische Auseinandersetzung polarisiert, nicht um sich greift. Diesem Gebot unterliegt auch die politische Predigt. So kann sich Bereitschaft zur Übereinkunft und zu politischen Kompromissen öffnen. Unterschiede und Gegensätze müssen ohne gegenseitige Diffamierung ausgetragen werden.

Weil der Christ auch als Gerechtfertigter ein Sünder bleibt, kennt er nicht nur die Möglichkeit des Irrtums und die Relativität aller menschlichen Problemlösungen, sondern auch die Möglichkeit eigenen Versagens und eigener Schuldverstrickung. Weil der Erfolg seiner Bemühungen letztlich unverfügbar bleibt, sind ihm Verbesserungen und Reformen wichtig, auch wenn er davon nicht die Auflösung aller Widersprüche und Konflikte erhoffen kann. Auseinandersetzungen um den richtigen Weg zur Verhütung eines Krieges und zur Sicherung des Friedens sind nur so lange sinnvoll, als sie mit dem Ziel geführt werden, daß politische Gegner zu praktischen Vereinbarungen kommen, die sie gemeinsam tragen können.

Dabei ist immer zu bedenken, daß jede Ethik auf Verantwortung

bezogen ist. Die Frage ist nicht, ob wir aus Gesinnung oder aus Verantwortung handeln, sondern welche Verantwortung wir aus welcher Gesinnung heraus wahrnehmen.

f) Öffentliche Darstellung von Gewalt unterbinden

Die Kirche muß ihren Einfluß dahin geltend machen, daß öffentliche Verharmlosung des Krieges, Darstellung oder Verherrlichung von Gewalt in unserer Gesellschaft unterbunden werden.

Presse, Film, Funk und Fernsehen nehmen hierbei eine Schlüsselstellung ein. Aber auch im Schauspiel, in der politischen Auseinandersetzung, beim Spielzeug der Kinder sollte eine kritische Empfindlichkeit gegenüber jeder Art von Gewaltanwendung geweckt und unterstützt werden. Damit sollte jeder Christ zunächst in seiner persönlichen Lebensgestaltung und in seiner Familie beginnen.

g) Lerngelegenheiten für den Frieden nutzen

Der Ausgangspunkt für alles, was die Kirche tun kann, um für den Frieden zu bilden, ist das Gebet für den Frieden und die lebendige Verkündigung des Evangeliums. Der Geist Gottes bringt als seine Früchte Liebe, Freude, Friede, Geduld, Freundlichkeit, Güte, Glaube, Sanftmut, Selbstbeherrschung hervor (Gal. 5,22). Jeder Gottesdienst kann und soll zum Frieden bilden. Glaube und Hoffnung bringen den Menschen auf den Weg der Liebe.

Erziehung zu Friedensbereitschaft und Friedensfähigkeit, gerade im Umgang mit Konflikten, geschieht in allen Lebensbereichen, in Familie, Schule, Arbeits- und Freizeitwelt, in der Politik. In alle diese Bereiche reichen Verkündigung und Dienst der Kirche hinein. Diese können das Verständnis für die Notwendigkeit bewußter Friedenserziehung fördern sowie die dafür erforderlichen Fähigkeiten vermitteln und einüben. Insbesondere geht es dabei um das Erkennen von Konfliktursachen, Kontrolle der eigenen Emotionen, Erlernen von Verfahren zur Regelung von Konflikten.

Erziehung zu Friedensbereitschaft und Friedensfähigkeit vollzieht sich vor allem im Gespräch zwischen den verschiedenen Überzeugungen, Positionen und Generationen. Dazu ist die Klärung von Meinungen und Sachverhalten erforderlich. Dem können Informa-

tionen, Kundgebungen und Denkschriften, Studien und Arbeitshilfen dienen. Der Schwund an Vertrauen in die Politik und die politische Polarisierung gehen einher mit einem Schwund an Vertrauen in die veröffentlichte Meinung. Von dem verbreiteten Gefühl, im Widerstreit der Meinungen nicht zu einer einigermaßen unabhängigen Information über politische Sachverhalte kommen zu können, geht eine eigene Dynamik der Verweigerung gegenüber dem politischen Geschehen aus.

Deshalb ist es als eine sinnvolle Aufgabe für die Kirche anzusehen, politische Sachverhalte sorgfältig und verlässlich darzustellen, unterschiedliche Positionen auf ihre ideologischen Hintergründe und politischen Konsequenzen hin zu prüfen und Schritte zur politischen Sicherung des Friedens und militärischen Entschärfung zu empfehlen.

Spezielle Friedensaktivitäten, Versöhnungsdienste, Partnerschaften, Friedenswochen, Kirchentage sind wichtige Felder der Bildung für den Frieden in der Kirche. In diesen Feldern hat die Initiative Einzelner, diejenige von Gruppen und Gemeinden, freien kirchlichen Werken und Verbänden, die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften und die Mitarbeit von Christen in Parteien großes Gewicht.

3. Den Sinn für Näherungslösungen stärken

a) Internationale Friedensordnung

Die Kirche hat zuerst und vor allem anderen die Aufgabe, zu bezeugen, daß Frieden für die Welt nur in Christus Jesus gegeben ist. Das politische Zeugnis und der politische Dienst der Kirche für den Frieden können nicht davon absehen, daß jede Ordnung, die dem Frieden dient, nur von relativer Tragweite sein kann und stets überholbar bleibt.

Verhütung kriegesischer Auseinandersetzung ist ein erster Schritt zum Frieden. Aber die Abwesenheit von Krieg macht noch keinen Frieden. Frieden ist überhaupt nicht als politischer Zustand zu begreifen, sondern viel eher als ein Prozeß schrittweiser Verbreiterung jener sozialen Bedingungen, die die Qualität des Friedens ausma-

chen: Verzicht auf gewaltsame Lösung zwischenstaatlicher Konflikte, Beseitigung von Not und Elend, Gewährleistung von Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker, Aufhebung rassischer oder sozialer Unterdrückung und Diskriminierung, Gewährleistung der Menschenrechte, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in der Umwelt. Ein solcher Friede kann nur auf enge Verflechtung verschiedener Interessen und systematischen Ausbau von Regelungen gegründet werden, die allen so große Vorteile bringen, daß sie die unvermeidlichen Nachteile überwiegen. Eine solche Ordnung wäre die Übertragung rechts- und sozialstaatlicher Grundgedanken auf die internationale Ebene, der Versuch, unvermeidliche Konflikte aufgrund international vereinbarter Regeln auszutragen. Eine internationale Friedensordnung muß die individuellen und sozialen Menschenrechte verwirklichen, ein gemeinsames Konzept von Sicherheit einschließen und die Durchsetzung von Interessen mit gewaltsamen Mitteln verhindern; sie hat die Selbständigkeit der Völker zu achten und soll die regionale und weltweite Zusammenarbeit fördern.

Ein politischer Weg zu einer solchen Ordnung ist gegenwärtig kaum in Sicht, das Konzept einer die Welt umgreifenden Friedensordnung, die Gerechtigkeit und Freiheit für alle ermöglicht, vorläufig offenkundig nicht realisierbar. Um so zwingender ist es, den Sinn für die erreichbaren Näherungslösungen zu stärken, sie weder wegen weiterreichender Zielvorstellungen vom Frieden gering zu schätzen oder zu desavouieren, noch auch die Näherungslösungen selbst mit den weitergesteckten Zielen zu verwechseln. Es geht nicht darum, den heutigen Weltzustand zu bewahren; in ihm ist der Friede nicht gesichert. Es geht um – wenn auch noch so bescheidene – Schritte in Richtung auf eine internationale Friedensordnung.

Aber die vordringlichste Aufgabe ist die Verhütung eines Krieges zwischen den großen Bündnissystemen. Auch wenn die Meinungen darüber geteilt sind, ob er sich wirklich verhüten lasse, muß sinnvolles politisches Handeln davon ausgehen, daß dies möglich ist. Daß dabei die Rüstung qualitativ und quantitativ immer höher geschraubt wurde und wird, hat den Charakter des Gleichgewichts verändert und Risiken eigener Art geschaffen, so daß zunehmend

die Möglichkeit eines Umschlagens seiner kriegsverhütenden Funktion in eine kriegsauslösende in Blick kommt. Seit Anfang der sechziger Jahre gibt es darum Bemühungen um Rüstungsbeschränkung, die der erste Schritt auf dem Wege zur Abrüstung sein muß. Allerdings sind die meisten Erwartungen in Rüstungsbeschränkung bisher enttäuscht worden.

Der Erfolg solcher Bemühungen hängt in hohem Maße davon ab, daß beide großen Machtblöcke davon größeren Nutzen erwarten können als von fortgesetzter Rüstung. Aber wir befinden uns in einer Situation, in der die Konfrontation zwischen den beiden Supermächten gewachsen ist. Wir Europäer, besonders wir Deutschen, sind zur Zeit diejenigen, denen eine Politik der Konfrontation am meisten Nachteile bringen würde. Sie würde die größere Bewegungsfreiheit im Verhältnis der beiden deutschen Staaten wieder eingen und den Spielraum eigenständiger politischer Gestaltung, die in Richtung enger Verzahnung der beiderseitigen Interessen geht, verringern.

Europa in Ost und West hat eigenständige Interessen, die nicht deckungsgleich sind mit denjenigen der beiderseitigen Führungsmächte. Andererseits ist Europa in weltweite Interessengegensätze eingespannt, aus denen es sich nicht lösen kann und deren Verschärfung auf Europa zurückzuschlagen und die Erfolge der Entspannung zunichte zu machen drohten. Deshalb muß Europa an der Entwicklung eines langfristigen Entspannungskonzepts unter Einschluß der Führungsmächte gelegen sein. Auch wenn Europa, speziell die beiden Staaten in Deutschland, nur im bescheidenen Maß als eigene Kraft zwischen den Supermächten wirken kann, hat es einen Beitrag für eine neue weltpolitische Perspektive zu leisten: nicht durch Isolierung, sondern indem es sein Gewicht jeweils neu in die Waagschale des Friedens wirft, um den Spielraum für die Suche nach politischen Konzeptionen frei zu halten, welche die positiven Erfahrungen mit der Entspannung in Europa umsetzen auf andere Spannungsherde in der Welt und zu Schritten in die notwendige Richtung einer internationalen Friedensordnung ermutigen.

Der Dienst der Kirche kann in dieser Lage nicht darin bestehen, Aussagen darüber zu machen, wie sich ein solches Konzept verwirklichen läßt. Aber sie kann Anfragen an die Politik richten, die die

Besorgnisse vieler Menschen in unserm Land und die dringende Erwartung einer neuen politischen Perspektive aufnehmen. Vor allem geht es dabei um drei Fragestellungen: nach umfassender Kooperation, nach einem typisch defensiven Verteidigungskonzept, nach effektiver Abrüstung.

b) In Richtung auf umfassende Kooperation

Im Vordergrund der gegenwärtigen Diskussion stehen Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung. Das sind sinnvolle und angemessene Ziele, wenn sie eingebettet sind in eine weiterreichende Perspektive.

Welche Möglichkeiten hat die gegenwärtige Politik für die Erarbeitung eines Konzepts blockübergreifender und umfassender Kooperation, die über die Verengung auf Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung hinausführt?

Da Gleichgewicht nicht allein und nicht zureichend durch militärische Faktoren definiert werden kann und da nur Konzepte erfolgversprechend sind, die den Interessen beider Machtblöcke Rechnung tragen und von denen beide genug Nutzen erwarten können, muß ein solches Konzept Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie einschließen. Der Vorrang der militärischen Konfrontation muß ersetzt werden durch den einer politischen Kooperation. Nur dadurch wird auch der Anreiz an Wirtschaft und technologische Forschung zur Rüstungsproduktion verringert und auf andere Bereiche industrieller Produktion verlagert werden können. Technologische und ökonomische Zwänge sind keine unabhängigen Größen: Wie sie sich gegenüber der Politik verselbständigen und dann auch auf diese einwirken können, kann eine veränderte Politik auch auf die Rüstungs-Industrie Einfluß nehmen und Technologie und Produktion neue Ziele geben.

Um die militärische Konfrontation zugunsten einer politischen Kooperation zu überwinden, muß es der Westen möglichst vermeiden, die Schwachstellen des Ostens in einer Weise auszunutzen, die ihn zu einer Überreaktion mit militärischen Mitteln verleiten könnte. Freilich darf dies nicht ausschließen, in die politische Kooperation insbesondere auch den Schutz der Menschenrechte einzubeziehen.

Für ein solches Konzept umfassender Kooperation bedarf es politi-

scher Phantasie, die wiederum den Spielraum einer offenen, unverhärteten und verdächtigungsfreien politischen Diskussion braucht.

c) In Richtung auf ein typisch defensives Verteidigungskonzept

Welche Möglichkeiten sind gegeben, den ausschließlich defensiven Charakter des Verteidigungskonzepts des atlantischen Bündnisses deutlicher zu machen und die Rüstung mit Waffen, die auch offensiv verwendet werden können, schrittweise durch eine andere zu ersetzen? Da Bedrohtheitsvorstellungen die Kriegsgefahr auch erhöhen können, würde ein Verteidigungskonzept, das vorläufig eine atomare Mindestabschreckung gewährleistet, aber seinen Schwerpunkt in typischen Defensiv-Waffen hätte, die Kriegsgefahr mindern. Dazu bedarf es der Erarbeitung von Kriterien dafür, was zur Abschreckung unerlässlich ist und was über dieses Minimum hinausgeht und verzichtbar wäre.

Die Diskussion dieser und anderer alternativer Verteidigungskonzepte muß in unserem Land und im Bündnis ernsthaft geführt werden. Auch hier gilt, daß nur in einem Klima unvergifteter öffentlicher Diskussion neue Wege gefunden werden können.

d) In Richtung auf effektive Abrüstung

Welche Perspektive kann die gegenwärtige Politik bieten, im Rahmen von Verhandlungen über die beunruhigend bescheidene Zielsetzung einer kooperativen Rüstungssteuerung hinaus zu einer effektiven Rüstungsminderung zu kommen?

Da das gegenwärtige Niveau und die Qualität der Rüstung hohe Risiken für die Verhütung eines Krieges beinhalten, kann von den darüber besorgten Menschen Geduld für die lange dauernden und bisher nur in geringem Maß erfolgreichen Verhandlungen über Rüstungsbeschränkung nur in dem Maß erwartet werden, in dem ernsthafte Absichten und Aussichten erkennbar sind, zu einer Senkung dieser Risiken durch effektive Rüstungsminderung zu kommen.

Die Kirche hat die Pflicht, die Politiker nachdrücklich zu fragen, wie die Kette von Rüstungsmaßnahmen, die jeweils als Nachrüstung zur Stabilisierung eines verlorengegangenen Gleichgewichts empfunden oder dafür ausgegeben werden, durchbrochen werden kann. Denn

daß die Bemühungen um Gleichgewicht stets Erhöhung statt Verringerung der Rüstungspotentiale bewirken, ist zu einer unerträglichen Belastung des Gleichgewichtskonzepts selbst geworden. Wird der Spielraum, den die gegenseitige Abschreckung vorläufig noch einer politischen Sicherung des Friedens gewährt, nicht dazu genutzt, die Kette der Rüstungsmaßnahmen zu durchbrechen, so wird der Zeitpunkt kommen, wo Skandal und Risiko der Rüstungsspirale höher veranschlagt werden müssen als der Nutzen des Abschreckungssystems.

Auch kalkulierte einseitige Schritte sollten ernsthaft geprüft werden, wenn durch sie Abrüstungsverhandlungen gefördert werden können; der Umstand, daß in der Vergangenheit einseitige Schritte bei-der Seiten nicht das erwartete Echo gefunden haben, sollte uns dabei nicht entmutigen.

Ein wirklicher Erfolg wird den Verhandlungen um kooperative Rüstungssteuerung, Rüstungsbeschränkung und Abrüstung nur beschieden sein, wenn sie auf Vereinbarungen zielen, die auch absehbare Möglichkeiten technischer Fortentwicklung und Modernisierung von Waffensystemen einbeziehen.

Ein konkreter Beitrag der Kirche, den Sinn für Näherungslösungen zu stärken, könnte darin bestehen, daß der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die Initiative ergreift und sich darum bemüht, daß regelmäßig Friedensgutachten erstellt werden, die aufgrund aktueller Analyse eine Empfehlung für den absehbaren nächsten möglichen Schritt zur Abrüstung und in Richtung auf politische Friedensordnungen geben sollen. Im Zusammenhang damit sollte die Aufgabe kontinuierlicher sorgfältiger und verlässlicher Information der Öffentlichkeit über grundlegende politische Entwicklungen, Gefahren für den Frieden, Entspannung und Abrüstung durch den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland gefördert werden.

4. Gemeinschaft praktizieren

a) In unserem eigenen Land

Christen und Kirchen wirken mit an Aufbau und Gestaltung der Gesellschaften, in denen sie leben. Ihre Beteiligung am Leben ihrer Gesellschaftssysteme kann ein Dienst am Frieden sein.

Zunächst ist die Austragung von Konflikten zwischen Gruppen innerhalb der Kirche der Ort, an dem sich die sozialpsychologischen Einsichten, die aller Erziehung zum Frieden dienen, bewähren müssen. Die Kirche kann nicht von der Gesellschaft erwarten, was Christen nicht zunächst von sich selbst erwarten. Wo die Auseinandersetzung um Kriegsverhütung und Friedenssicherung zum haßerfüllten und menschenverachtenden Kampf entartet, wird das Engagement für den Frieden desavouiert. Die Mittel politischer Auseinandersetzung können den Zweck, auf den sie ausgerichtet sind, in Mißkredit bringen.

Ein konkreter Beitrag zur konstruktiven Auseinandersetzung innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland könnte darin bestehen, daß die Evangelische Kirche in Deutschland einen Prozeß der Zusammenarbeit der kirchlichen Institutionen und der verschiedenen in Friedensfragen engagierten Initiativgruppen in Gang bringt, wobei es nicht darum gehen sollte, sich des gegenseitigen Friedenswillens zu versichern, als vielmehr gerade in den kontroversen Positionen und Meinungen das Maß der gemeinsamen Aussage- und Handlungsfähigkeit zu ermitteln und nach Möglichkeit zu vergrößern.

Eine besondere Verantwortung fällt dem vielgliedrigen Dienst der Gemeinden für die Jugend, in der Gruppenarbeit, in den Akademien und der Militärseelsorge zu. Dieser Dienst sollte bewußt auf die Friedensaufgabe bezogen werden. Die Zusammenarbeit zwischen Militärseelsorge und der Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden sollte intensiviert und wechselseitig hilfreich gestaltet werden. Der Dialog zwischen der evangelischen und der katholischen Militärseelsorge sollte sorgfältig weiter gepflegt werden.

Im ganzen könnte zwischen der evangelischen und katholischen Kirche die Zusammenarbeit in Friedensfragen, ähnlich wie in ande-

ren Zukunftsfragen, z. B. der Dritten Welt und der Umwelt, ausgebaut werden.

b) In und zwischen den Bündnissystemen

Innerhalb des westlichen Verteidigungsbündnisses könnten die gemeinsamen Beratungen der EKD mit ihren Partnerkirchen intensiviert werden, wie dies mit dem Besuch einer Delegation des Rates der EKD in den USA begonnen wurde.

Ein Element weiträumiger Kooperation zwischen den großen Machtblöcken kann auch die Pflege und Vertiefung direkter Beziehungen zwischen den Kirchen und Christen in Ost und West sein. In solchen Kontakten und den durch sie gegebenen Möglichkeiten der Verdeutlichung der beiderseitigen Absichten und Befürchtungen läßt sich im Sinne der Schlußakte von Helsinki 1975 ein spezifischer kirchlicher Beitrag zur Entspannung und Vertrauensbildung leisten. Diese Funktion hat auch die IV. Nach-Helsinki-Konsultation der Konferenz Europäischer Kirchen (29. 05. – 03. 06. 1980) in El Escorial nachdrücklich hervorgehoben und den Kirchen wahrzunehmen empfohlen. Die Konferenz Europäischer Kirchen ist ein wichtiges Instrument für den Kontakt zwischen den Kirchen und Christen aus West und Ost; sie sollte sich verstärkt der Aufgabe widmen, über die ideologischen Schranken hinweg Kenntnis und Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse und Lebensumstände zu vertiefen, die wechselseitige Konfliktwahrnehmung zur fördern und an der Veränderung des gegenseitigen Konfliktverständnisses zu arbeiten. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Hier bestehen enge geschichtliche und soziale Berührungen auf vielen Ebenen, die der Verständigung und Entspannung zwischen Ost und West zugute kommen können. Die gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges vom 1. September 1979 und der gemeinsame Bittgottesdienst für den Frieden in der Welt, der erstmalig 1980 nach einer gemeinsamen Ordnung in Ost und West gefeiert wurde, sind Beispiele für Möglichkeiten, die aus dieser Beziehung erwachsen.

c) Im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen

Schließlich wird über den Ökumenischen Rat der Kirchen Partnerschaft zwischen Kirchen in Staaten, die den beiden großen militärischen Bündnissen angehören, wie auch zwischen Kirchen der Industrieländer und wirtschaftlich schwachen Länder eingeübt. Die Studienarbeit des ÖRK über Militarismus und Abrüstung zielt direkt auf einen Beitrag zur militärischen Entspannung. Die Arbeit für Gerechtigkeit und Ausgleich zwischen armen und reichen Kirchen und Völkern ist als Beitrag zur Schaffung von Bedingungen des Friedens zu verstehen. Dieser Ansatz ist ein wichtiger Hinweis auf die Zielvorstellung einer internationalen Friedensordnung und sollte verbreitert und intensiviert werden. Die Evangelische Kirche in Deutschland sollte diese ökumenischen Aktivitäten tatkräftig unterstützen, sich besonders auch in der Vorbereitung auf die Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 dafür einsetzen, daß dort konkrete Zeichen für den Frieden gesetzt werden.

ANHANG

Vorbemerkung: Der Anhang beschränkt sich auf Dokumente und Quellen, auf die im Text der Denkschrift Bezug genommen wird.

A. Heidelberger Thesen 1959

These I

Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters.

In der verworrenen Debatte über das Atomproblem suchen die Menschen mit Recht nach einer einfachen Aussage, die zum Leitfaden des Handelns werden könnte. Wir glauben, daß diese Einfachheit nicht in Regeln gefunden werden kann, welche einzelne Handlungen gebieten oder verbieten, wohl aber im Ziel des Handelns. Dieses Ziel muß die Herstellung eines haltbaren Weltfriedens sein. Früheren Zeiten mußte der Weltfriede als ein wahrscheinlich unerreichbares Ideal erscheinen. Christen mußten geneigt sein, ihn erst mit dem jüngsten Gericht zu erwarten. Für unser technisches Zeitalter aber wird er zur Lebensbedingung. Er beginnt heute genau deshalb möglich zu werden, weil er notwendig wird. Die Atomwaffe ist nur das heute deutlichste Symptom derjenigen Wandlung des menschlichen Daseins, die ihn zur Bedingung unseres Lebens macht. Das ständige Wachstum der Gebiete, die von einer Zentrale aus regiert werden können, die Reduktion der Anzahl wirklich souveräner Staaten, die wachsende wirtschaftliche Verflochtenheit der Welt sind ebenso wie die unablässige Weiterentwicklung auch aller nicht atomaren Waffen andere Symptome desselben Prozesses. Die Notwendigkeit des Weltfriedens ist kein Satz des Christentums und erst recht kein schwärmerischer Satz, sondern eine Aussage der profanen Vernunft. Der Weltfriede des technischen Zeitalters ist nicht das Paradies auf Erden. Es könnte leicht sein, daß wir ihn nur um den Preis der staatsbürgerlichen Freiheit erhalten werden, zumal

wenn er auf dem Wege über einen Dritten Weltkrieg zustande käme. Der Friede ist in einer versklavten Welt vielleicht leichter rational zu planen als in einer freien. Äußerster Anstrengung wird es vielleicht bedürfen, nicht damit er überhaupt kommt, sondern damit er nicht über Katastrophen kommt und damit in ihm die Freiheit bewahrt bleibt.

These II

Der Christ muß von sich einen besonderen Beitrag zur Herstellung des Friedens verlangen.

Obwohl die Notwendigkeit des Weltfriedens ein Satz der profanen Vernunft ist, hat die Christenheit auf dem Wege zu ihm eine besondere Aufgabe. Der rational geplante Friede hat die Zweideutigkeit, die sich zum Beispiel darin zeigt, daß er mit der rational geplanten Sklaverei Hand in Hand gehen könnte. Heute ist die Menschheit hin und her gerissen zwischen der Angst vor dem Krieg, die sie in Versuchung führt, sich der Sklaverei zu ergeben, und der Angst vor der Sklaverei, die sie in Versuchung führt, den Krieg, zu dem sie gerüstet ist, ausbrechen zu lassen. Die Angst ist der schlechteste Ratgeber. Die Angst ist aber ein Attribut der Welt, und die Steigerung der technischen Mittel, die uns von der Angst vor so vielen Naturkräften befreit hat, hat die Angst vor dem Mitmenschen mit gutem Grund erhöht. Gerade unser vom Verstand erhelltes Zeitalter leidet an dumpfer Angst vor seiner eigenen Unberechenbarkeit. Den Christen und durch sie allen ihren Brüdern ist gesagt: In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden. Durch die Christen sollte der Friede Gottes in der Welt wirksam werden, der allein den Frieden der Welt zum Segen werden lassen kann. Wie kann das geschehen? Wir wenden uns zunächst wieder der Aufgabe zu, die die profane Vernunft vorschreibt.

These III

Der Krieg muß in einer andauernden und fortschreitenden Anstrengung abgeschafft werden.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit der Abschaffung des Krieges ist nicht identisch mit seiner tatsächlichen Abschaffung. Seit 1945 finden ständig begrenzte Waffengänge statt. Daß in zukünftigen begrenzten Konflikten Atomwaffen eingesetzt werden, ist möglich, ja wachsend wahrscheinlich. Daß ein solcher Kampf in den totalen Weltkrieg umschlägt, ist jederzeit möglich.

Die Fortdauer der Kriege macht es nötig, ständig weiter an der Humanisierung des Krieges zu arbeiten. Hierzu gehört der unerläßliche Versuch, auch in Zukunft den Einsatz von Atomwaffen in lokalen Konflikten zu verhindern. Wir würden es aber für einen verhängnisvollen Irrtum halten, wollte man in der Fortdauer begrenzter Kriege einen stabilen Zustand sehen. Nicht die Ausschaltung der Atomwaffen aus dem Krieg, sondern die Ausschaltung des Krieges selbst muß unser Ziel sein.

In den Berichten dieses Bandes sind die realen Ansätze besprochen, die hierfür heute bestehen. Die Kapitulation gegenüber einer diktatorischen Weltmacht rechnen wir nicht zu den realen Möglichkeiten. Die Menschheit ist heute dazu nicht bereit. Im übrigen würde die Kapitulation vor der Gewalt, auch wenn sie zunächst äußere Ruhe herstellen mag, den Frieden schwerlich dauerhaft sichern, da siegreiche Gewalt mit sich selbst und mit den Unterdrückten in Konflikt kommen wird. Alle anderen Wege aber sind langwierig, und ihr Erfolg ist ungewiß.

Wir dürfen nicht überrascht sein. Die Gegenwart des Krieges in der Menschheit gleicht einer tausendjährigen chronischen Krankheit. Zahllose Institutionen und Reaktionsweisen setzen seine Möglichkeit voraus. Das gegenwärtige Gleichgewicht des Schreckens bedient sich der fortdauernden Kriegsfähigkeit des Menschen, um den Kriegausbruch hintan zu halten; es gleicht einer gefährlichen Schutzimpfung mit dem Krankheitsserum selbst. Was wir als äußerstes von ihm erwarten dürfen, ist, daß es uns eine Zeitspanne zur konstruktiven Arbeit am Frieden gewährt.

These IV

Die tätige Teilnahme an dieser Arbeit für den Frieden ist unsere einfachste und selbstverständlichste Pflicht.

Die größte Gefahr für den Frieden ist, daß die Zeitspanne, die uns das gegenwärtige Kräftegleichgewicht läßt, in träger Resignation vertan wird. Lähmung ist die schlimmste Wirkung der Angst, Satt-heit ist meist nur ihr Deckmantel. Weite und Unsicherheit des Wegs rechtfertigen nicht den Verzicht auf den ersten Schritt. Über die Aufzählung der bestehenden politischen und völkerrechtlichen An-sätze hinaus ein konkretes Aktionsprogramm zu entwerfen, ist nicht die Aufgabe dieses Berichtes; dies würde seine, nicht unter diesem Gesichtspunkt ausgesuchten Verfasser überfordern. Wir glauben aber, eines sagen zu dürfen: Für jeden Menschen, zumal wenn er im Besitz staatsbürgerlicher Freiheit ist, bietet sich wenigstens eine Stelle, an der er seinen eigenen Beitrag leisten kann, mag dieser Bei-trag auch nur in Handlungen individueller praktischer Nächstenlie-be bestehen. Jede Lösung eines Krampfes trägt zur Ermöglichung des Friedens, jeder sinnvolle aktive Gebrauch von Freiheit trägt zur Bewahrung der Freiheit bei. Rings um jeden Menschen, der die Angst überwunden hat, bildet sich eine Zone, in der die Lähmung aufhört. Die Unterschätzung dieser scheinbar kleinen menschlichen Schritte ist eine der tödlichsten Gefahren für die großen Ziele.

These V

Der Weg zum Weltfrieden führt durch eine Zone der Gefährdung des Rechts und der Freiheit, denn die klassische Rechtfertigung des Krieges versagt.

Es ist seit langem die herrschende Lehre der Christenheit gewesen, daß der Christ, auch wenn er auf die Gewalt zum Selbstschutz zu verzichten bereit ist, ihrer zum Schutz seiner Mitmenschen nicht entraten könne. Ihre Anwendung wurde durch Regeln des rechten Gebrauchs eingeschränkt. In bezug auf den Krieg waren diese in der Lehre vom gerechten Krieg zusammengefaßt, die ja nicht eine Rechtfertigung, sondern eine Begrenzung des als unvermeidlich an-

erkannten Übels des Krieges bezweckte. Krieg sollte nur zur Abwehr größeren Übels und nur so geführt werden, daß er nicht selbst zum größeren Übel wurde. Niemand kann leugnen, daß dieses Prinzip in der Christenheit durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder flagrant verletzt worden ist. Aber wenigstens war sein prinzipieller Sinn klar; wenigstens die Möglichkeit seiner Anwendung bestand.

Wir sehen nicht, wie dieses Prinzip auf den Atomkrieg noch angewandt werden kann. Er zerstört, was er zu schützen vorgibt. Wie können wir die Erhaltungsordnung, die der Schöpfer gewollt hat, zur Rechtfertigung atomarer Kriegführung in Anspruch nehmen? Wir brauchen die subjektive Aufrichtigkeit derer nicht in Zweifel zu ziehen, die von der Entwicklung kleiner und sauberer Atomwaffen eine Humanisierung des Atomtodes erhoffen, ebensowenig wie die Möglichkeit, daß einmal begrenzte Konflikte mit diesen Waffen ausgefochten werden können; aber auch ihre Wirkung ist schlimm genug, die Gefahr einer Überschreitung so künstlich gezogener Grenzen des Einsatzes vorhandener Waffen ist groß genug, um uns die Errichtung einer neuen stabilen Ordnung humaner Kriegführung mit ihnen als ausgeschlossen erscheinen zu lassen.

Dies aber bedeutet, daß in unserer Welt Lagen eintreten, in denen das Recht keine Waffe mehr hat. Die ultima ratio der kriegerischen Selbsthilfe wird durch die Mittel, derer sie sich bedienen müßte, lebensgefährlich und moralisch unerträglich; eine Instanz, an die sich das bedrängte Recht, die bedrängte Freiheit mit Aussicht auf Erfolg wenden könnte, besteht aber für viele Fälle nicht. Einzelne Völker und Gruppen waren immer in der Geschichte in dieser Lage; heute gewinnt sie eine universelle Bedeutung.

Zusammengefaßt erscheint sie den Bürgern der westlichen Welt in dem Dilemma, ob sie die Rechtsordnung der bürgerlichen Freiheit durch Atomwaffen schützen oder ungeschützt dem Gegner preisgeben sollen. Wir glauben zwar, daß die Berufung auf dieses Dilemma in vielen Fällen ein bloßer Vorwand für eine Politik ist, die in Wahrheit nationale oder persönliche Macht zum Ziel hat. Auch verkennen wir nicht, daß die Bürger kommunistischer Staaten die Überzeugung haben können, daß sie sich bezüglich des Schutzes der ihnen wichtigen Züge ihrer Gesellschaftsordnung in einem entspre-

chenden Zwiespalt befinden. Wie aber auch immer das Dilemma ausgedrückt oder umgedeutet werden mag – wir können nicht leugnen, daß es heute tatsächlich die Weltpolitik überschattet. Wir wenden uns nun zu den Entscheidungen, die dieses Dilemma von uns fordert.

These VI

Wir müssen versuchen, die verschiedenen, im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen.

Die Spandauer Synode der EKD von 1958 hat zu diesen Entscheidungen die Sätze gesagt:

»Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann. Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen«. Es ist bisher nicht gelungen, diese Auffassungen miteinander auszugleichen, und es hat nicht den Anschein, als ob es bald gelingen werde. Die Verfasser des vorliegenden Berichts haben in ihre Kommissionsarbeit Überzeugungen mitgebracht, die einen erheblichen Teil der Spannweite überdecken, die in dem Wort der Synode angedeutet ist. Sie haben an sich selbst erfahren, wie schwer es ist, diese Differenzen zu überwinden, und sie haben sich über manche wichtigen Punkte nicht geeinigt. Aus der Erfahrung ihres zweijährigen ständigen Gesprächs heraus glauben sie jedoch, daß der Satz »Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen« eine tiefere Bedeutung hat als die einer bloßen gegenwärtigen Duldung des Unversöhnbaren.

Die Liebe muß uns drängen, die Gründe des Bruders, der sich anders entscheidet als wir, mit besonderer Sorgfalt zu prüfen und sie zu

verstehen, auch wo wir sie verwerfen. Freilich gibt es Fälle, in denen Verstehen nicht zu duldender Anerkennung führen darf. Wir glauben jedoch, daß es für nach außen entgegengesetzte Entscheidungen im Atomproblem einen gemeinsamen Grund geben kann, von dem aus verstanden sie einander geradezu fordern.

Der gemeinsame Grund muß das Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens sein. Keine Handlungsweise, die nicht auf diesem Grund ruht, scheint uns für einen Christen möglich. In der gefährdeten und vorbildlosen Lage unserer Welt können aber Menschen von verschiedenem Schicksal und verschiedener Erkenntnis verschiedene Wege zu diesem Ziel geführt werden. Es kann sein, daß der eine seinen Weg nur verfolgen kann, weil jemand da ist, der den anderen Weg geht (vgl. These 11). Mit einem aus der Physik entlehnten Wort nennen wir solche Wege komplementär.

Wir schildern diese Wege und ihre Zusammengehörigkeit so, wie wir sie sehen.

These VII

Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen.

Der absolute Waffenverzicht der Friedenskirchen ist in früheren Zeiten von den herrschenden Kirchen verurteilt worden. Die Überzeugung breitet sich heute auch bei denen aus, die nicht Pazifisten sind, daß dieser Verzicht als eine den Christen mögliche Haltung anerkannt werden muß. Die Schrecken der Atomwaffen sind so groß, daß wir es als unbegreiflich empfinden müßten, wenn sich ihnen gegenüber ein Christ nicht wenigstens ernstlich prüfe, ob der Verzicht auf sie, ohne Rücksicht auf die Folgen, nicht unmittelbar verständliches göttliches Gebot ist.

Die einzige und begreifliche Rechtfertigung des Besitzes von Atomwaffen ist, daß ihre Anwesenheit heute den Weltfrieden vorläufig schützt. Ihre Anwesenheit wirkt aber nur, wenn mit ihrer Anwendung für bestimmte Fälle gedroht wird. Die Drohung wirkt nur, wenn die Bereitschaft, ernst zu machen, vorausgesetzt werden kann.

Eine Rechtfertigung ihres tatsächlichen Einsatzes durch die traditionelle Kriegsethik vermögen wir aber (vgl. These 5) nicht mehr zu geben.

Dieser Gedankengang hat nach unserer Ansicht jedenfalls eine allgemeine und eine individuelle Konsequenz.

Die allgemeine Konsequenz ist, daß die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Rechtfertigung des Atomkriegs nach der Lehre vom gerechten Krieg ausdrücklich anerkannt werden muß. Über die Frage, ob Atomrüstung gleichwohl gerechtfertigt werden kann, siehe These 8.

Die individuelle Konsequenz ist, daß jeder, den sein Gewissen drängt, hieraus die Konsequenz eines vollen freiwilligen Verzichts auf jede Beteiligung an diesen Waffen zu ziehen, von der Kirche in dieser Haltung anerkannt werden muß. Auch wer die entgegengesetzte Entscheidung trifft, weiß nicht, ob nicht jener den Weg gewählt hat, der mehr im Sinne des Evangeliums ist. In Lagen wie diesen erschließt oft genug erst das Wagnis die Erkenntnis, zeigt erst der getane Schritt den festen Boden, auf den der Fuß beim nächsten Schritt gesetzt werden kann.

Daß diese Entscheidung die einzige dem Christen mögliche sei, behaupten wir jedoch nicht. Ob oder unter welchen Umständen sie von der des vollen Verzichts auf jeden Kriegsdienst noch getrennt werden kann, erörtern wir nicht.

These VIII

Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.

Verzichtete die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegelt. Wir können nur glauben, daß derjenige, der sich zum persönlichen Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines allgemeinen Verzichts der einen Seite klar macht. Voraus wissen kann man die Folgen einer solchen Verschiebung der Machtverhältnisse nicht. Aber in dem uns näherliegenden

Fall, daß es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht leistete, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, daß unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verlorengehen. Wie weit oder unter welchen Voraussetzungen in der Welt, die dann auf uns wartet, christliches Leben möglich wäre, wissen wir ebenfalls nicht.

Die Beibehaltung der westlichen Atomrüstung strebt an, dieses Risiko zu vermeiden. Sie läuft dafür das Risiko des Atomkrieges. Dies ist die Haltung, die die westliche Welt tatsächlich einnimmt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß jeder politische Vorschlag, der in der absehbaren Zukunft Aussicht auf Verwirklichung haben soll, die Beibehaltung dieser Rüstung zum mindesten seitens Amerika voraussetzen muß.

Dies allein braucht die Kirche nicht zu bewegen, diese Haltung anzuerkennen. Die Kirche kommt in der Geschichte immer wieder in Lagen, in denen sie zu der einzigen Politik, die zur Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat, nein sagen muß. Uns scheint jedoch, daß, da auf beiden Seiten Risiken stehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann. Es muß nur unbedingt feststehen, daß sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und daß nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.

These IX

Für den Soldaten einer atomar bewaffneten Armee gilt: Wer A gesagt hat, muß damit rechnen, B sagen zu müssen; aber wehe den Leichtfertigen!

Für den Christen stellt sich die Frage atomarer Bewaffnung oft weniger als die ihm praktisch entzogene politische Entscheidung über Ja oder Nein solcher Rüstung, sondern als die seines persönlichen Wehrdienstes. Wir glauben, daß hier die Entscheidung im wesentlichen schon mit seinem Eintritt in den Wehrdienst fällt und daß dies öffentlich gesagt werden müßte. Innerhalb einer Armee, die Atomwaffen besitzt, besondere Gruppen von Atomdienstverweigerern

zuzulassen, dürfte für eine Wehrmacht kaum möglich sein; die Forderung danach scheint uns auch die Entscheidung an die falsche Stelle zu verlegen. Wir halten es zwar für einen Christen für unmöglich, in einer solchen Armee zu dienen, wenn er diesen Dienst anders als im Sinne der Friedenserhaltung versteht und wenn er nicht annehmen darf, daß seine Regierung ihn ebenso auffaßt. Aber indem er sich dem militärischen Gehorsam unterstellt, erklärt er sich bereit, die größten vorhandenen Waffen gegebenenfalls auch anzuwenden; die Drohung, die ja den Frieden schützen soll, ist sonst illusorisch. Wiederum muß zwar in unserer Lage die militärische Führung mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Soldat gewisse Befehle, vom Gewissen gehindert, nicht ausführen wird; auch darum wehe denen, die leichtfertige Befehle geben. Die Maschinerie des Militärs kann sich aus der Teilhabe an der unerträglichen Zwiespältigkeit unserer Situation nicht ausschließen. Aber dies kann für den Soldaten nicht eine grundsätzliche *reservatio mentalis* rechtfertigen; er kann, so scheint uns, nicht den grauen Rock anziehen, wenn er von vornherein entschlossen ist, im Ernstfall dem Befehl nicht zu folgen.

Wir sprechen hier vom Soldaten, weil sich, zumal für das allgemeine Bewußtsein, an seiner Lage dieses Problem am deutlichsten zeigt. Dieselben Gewissensfragen stellen sich in oft unscheinbarer Form vielen anderen Menschen, z. B. dem, der Waffen herstellt oder herstellen könnte, den Büromitarbeitern und Arbeitskräften in Fabriken und Baustellen und letzten Endes dem Politiker, dem Parlamentarier und dem Wähler.

Wie fragwürdig diese Lage immer bleibt, zeigt jedoch die folgende Überlegung: Sollte es zum Ausbruch eines atomaren Krieges kommen, so könnten wir als Rechtfertigung des Einsatzes dieser Waffen – da wir traditionelle Rechtfertigung dafür ausdrücklich verworfen haben – nur die Feststellung zulassen, daß die Drohung ohne Bereitschaft zum Ernstmachen sinnlos gewesen wäre; daß also nun die Folgen des Versagens des Friedensschutzes durch diese Drohung eingetreten und von uns zu tragen sind. Der Christ wird dies nicht anders denn als ein Gericht Gottes über uns alle verstehen können.

These X

Wenn die Kirche überhaupt zur großen Politik das Wort nimmt, sollte sie den atomar gerüsteten Staaten die Notwendigkeit einer Friedensordnung nahebringen und den nicht atomar gerüsteten raten, diese Rüstung nicht anzustreben.

Die politische Wirksamkeit der Kirche scheint uns nicht dort am stärksten und heilsamsten zu sein, wo sie direkt zu politischen Entscheidungen das Wort nimmt. Es gibt aber immer wieder Lagen, in denen der Verzicht auf eine Stellungnahme selbst eine Stellungnahme ist. Nur in diesem Sinne scheint es uns nötig, zu präzisieren, was die Kirche gegebenenfalls den Regierungen sagen soll.

Es schiene uns sinnlos, wenn die Kirche die Weltmächte heute zum Verzicht auf die Atomrüstung bereden wollte. Hingegen ist es ihre Aufgabe, das Bewußtsein ständig wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf. Ihre Sache war es immer, sich auch dann mit einem Zustand nicht zufriedenzugeben, wenn die Welt ihn für unabänderlich hielt. Leider sind heute oft die Nichtchristen eher bereit, solche Änderungen für möglich zu halten, als die Majorität der Christen.

Den noch nicht atomar gerüsteten Ländern kann die Kirche, so scheint uns, vom Streben nach dieser Rüstung nur abraten. Sie muß den Blick über die Grenzen der einzelnen Nation auf die Gefahren des »Atomaren Chaos« richten. Sie wird das können, ohne in politischen Einzelfragen über das Maß ihrer tatsächlichen Information hinaus Partei zu nehmen.

These XI

Nicht jeder muß dasselbe tun, aber jeder muß wissen, was er tut.

Wir sind auf die Kritik gefaßt, das in den obigen Thesen Gesagte sei zu wenig und vermeide die Härte der Entscheidung. Einzelne unter uns haben sich persönlich weitergehend entschieden, als es in einer Formulierung eines mühsam erarbeiteten consensus ausgesprochen werden kann. Niemand kann schärfer als wir empfinden, wieviel wir unentschieden gelassen haben, vermutlich weil wir es nicht tief genug erkannt haben.

Wir wünschen aber klar zu sagen, daß wir eine bloß äußerliche Einheitlichkeit der Entscheidung für noch schlechter hielten als divergierende Entscheidungen, in denen jeder weiß, was er tut. Faktisch stützt heute jede der beiden Haltungen, die wir angedeutet haben, die andere. Die atomare Bewaffnung hält auf eine äußerst fragwürdige Weise immerhin den Raum offen, innerhalb dessen solche Leute wie die Verweigerer der Rüstung die staatsbürgerliche Freiheit genießen, ungestraft ihrer Überzeugung nach zu leben. Diese aber halten, so glauben wir, in einer verborgenen Weise mit den geistlichen Raum offen, in dem neue Entscheidungen vielleicht möglich werden; wer weiß, wie schnell ohne sie die durch die Lüge stets gefährdete Verteidigung der Freiheit in nackten Zynismus umschlüge. Solche Erwägungen rechtfertigen den heutigen Zustand nicht anders denn als rasch vorübergehenden Übergang. Die Kirche muß sich sagen, daß es erschreckend ist, wie wenig sie vermag. Wir tragen die Sünden der Vergangenheit an unserem Leib. Das Kollektibewußtsein ist nur zu wenigen und groben Bewegungen fähig. Das Gewissen und die Disziplin einzelner müssen ihm stets vorangehen. Diese zu entfalten ist der Sinn unserer letzten These: Jeder muß wissen, was er tut.

Zitat nach: Atomzeitalter – Krieg und Frieden. Herausgegeben von Günter Howe, Witten/Berlin 1959, S. 226–236

B. Zusammenfassende Stellungnahme der Deutschen Arbeitsgruppe der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (CCIA) zur Bonner Konsultation über »Militarismus und Wettrüsten« vom 17. September 1979

I.

Die Tagung über »Militarismus und Wettrüsten«, die auf Veranlassung des Rates der EKD vom 26. bis 28. März 1979 in Bonn stattfand, ist von der Deutschen Arbeitsgruppe CCIA vorbereitet und von ihrem Vorsitzenden geleitet worden. Die Arbeitsgruppe legt deshalb, im Anschluß an den von ihr mitberatenen ausführlichen Tagungsbericht der Kirchenkanzlei, dem Rat einige Überlegungen zu den Ergebnissen der Tagung vor. Allerdings kann der Versuch, aus dem Verlauf und den Ergebnissen der Tagung Folgerungen für das weitere Vorgehen der Leitungsorgane der EKD in Bezug auf das Programm des ÖRK zu ziehen, aus mehreren Gründen nur vorläufigen Charakter haben. Zum einen entziehen sich die Tagungsergebnisse angesichts der höchst komplexen Natur der behandelten Probleme einer raschen und eindeutigen Formulierung und Bewertung. Sie ermöglichen es jedoch, eine Anzahl von Fragen präziser als bisher zu stellen, aber sie enthalten noch keine fertigen Antworten auf alle diese Fragen. Zum anderen wird der Rat der EKD vermutlich zu berücksichtigen haben, daß sich auch in den Gliedkirchen eine Anzahl von Ausschüssen oder sonstigen Beratungsgruppen mit dem Programm des ÖRK beschäftigt, zum Teil auch Stellungnahmen und Vorschläge dazu ausgearbeitet haben. Mit ihnen sollte, ebenso wie mit der Katholischen Kirche und den Friedenskirchen, das Gespräch gesucht und geführt werden.

II.

1. Während die beiden, vom ÖRK bisher zu dem Themenkreis abgehaltenen Konsultationen (Glion I und II) die Vielfalt der Problematik in allen Weltgegenden zu erfassen suchten, galt die Tagung in Bonn der Lage der Bundesrepublik in einem durch die beiden poli-

tisch-militärischen Machtblöcke in zwei gegnerische, militärische und ideologische Lager zerteilten Mitteleuropa, dessen Trennungslinie mitten durch Deutschland verläuft. Diese gewollte Beschränkung erklärt, warum das in vollem Gang befindliche Wettrüsten in der Dritten Welt und die dort den Weltfrieden gefährdenden Konflikte und kriegesischen Aktionen im Rahmen der Tagung nicht ausführlich besprochen worden sind, auch wenn sie wegen ihrer Rückwirkung auf Europa ständig im Blick blieben. Sie macht weiter verständlich, warum die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Militarismus als solchem die Tagung nur am Rande beschäftigte. Denn es bestand Übereinstimmung darüber, daß die anderwärts zu beachtende, in Glion I besprochene Gefahr einer Militarisierung des öffentlichen Lebens derzeit in der Bundesrepublik in dieser Weise nicht besteht. Gewiß ist die Bundesrepublik innerhalb der NATO der militärisch wichtigste Partner der Vereinigten Staaten, aber sie ist auch politisch und militärisch in der Führungsstruktur der NATO voll eingebunden, hat auf eigene Atomwaffen verzichtet und kann sonach nicht als in vollem Umfang selbständige Militärmacht gelten. Auch innenpolitisch stellt die unter der Führung eines zivilen Politikers als Kabinettsmitglied stehende Bundeswehr weder politisch noch gesellschaftlich einen eigenen, den Gang politischer Entscheidungen beeinflussenden Machtfaktor dar.

2. Das Studienprogramm des ÖRK hat durch die Umbenennung in »Programm für Abrüstung und gegen Militarismus und Wettrüsten« einen deutlichen Akzent zur Aktion hin bekommen. Als Ziel gilt in den Dokumenten des ÖRK, wie auch in den Entschlüssen der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, die »allgemeine und vollständige, kontrollierte Abrüstung«. Auch die Bundesregierung bekennt sich in ihrer Stellungnahme vor dem Bundestag vom 16. 2. 1979 zu diesem Ziel; sie fügt aber hinzu, daß es nur langfristig und in Teilschritten zu erreichen sei. Man kann fragen, ob nicht selbst dieser Zusatz noch zu optimistisch und als bloße Absichtserklärung formuliert ist. Denn in den politischen Verhandlungen zwischen den großen Machtgruppen geht es praktisch nicht um Wettrüsten, sondern um eine – davon klar zu unterscheidende – Rüstungskontrolle (oder, noch vorsichtiger, um »Rüstungssteuerung«), d. h. Begrenzung der

Aufrüstung. Die Berichte der Regierungsvertreter auf der Tagung betrafen im wesentlichen die Probleme, Fortschritte und Mißerfolge bei den mühsamen Verhandlungen um solche Rüstungskontrolle. Dabei wurde ganz deutlich, daß auch von den Erfolgen bestenfalls eine partielle Rüstungsbegrenzung, hingegen kein Ende des durch den Fortschritt der Rüstungstechnik immer neu einsetzenden Wettrüstens zu erwarten ist, geschweige denn eine ins Gewicht fallende Abrüstung, etwa im Bereich der Kernwaffen.

Für den militärischen Laien sind diese Verhandlungen um Rüstungskontrolle wegen der Kompliziertheit der Materie wie des Verfahrens und der politischen Rahmenbedingungen schwer durchsichtig; einer Öffentlichkeit, die auf erkennbare oder gar spektakuläre Ergebnisse im Sinn der Abrüstung hofft, müssen sie immer wieder Enttäuschungen bereiten. Es wäre gleichwohl falsch, ihre Bedeutung allein deshalb gering zu schätzen; auch wo sie militärisch in ihrem Ergebnis fragwürdig bleiben, haben sie gleichwohl einen politisch-psychologischen Entlastungseffekt, sind also wichtiger Teil der Entspannungspolitik. Auch die Kirche sollte sie darum bejahen, freilich im Bewußtsein, aus eigener Vernunft und Erfahrung zu diesen Expertengesprächen nichts Eigenes beitragen zu können. Aber sie ist durch diese Verhandlungen und die aus ihnen hervorgegangenen Vereinbarungen nicht schon der Aufgabe enthoben, doch auch ihrerseits nach Alternativen zu fragen, die geeignet sein könnten, die Abrüstung selbst sichtbarer und glaubwürdiger voranzubringen. Auch wer die Gefahr, daß die gegenwärtige Rüstungssituation zwischen den großen Machtblöcken einem dritten Weltkrieg entgegentreibt, nicht mit einem gleichen Grad von düsterer Wahrscheinlichkeit einschätzt wie C. F. v. Weizsäcker, kann sich mit dieser Situation und ihrer partiellen Dämpfung durch Vereinbarungen über Rüstungskontrolle mitnichten beruhigt abfinden: faktisch nicht, weil das den Frieden in Europa seit etwa 30 Jahren sichernde »Gleichgewicht des Schreckens« mehr und mehr durch die Entwicklung der Waffentechnik seiner politisch-psychologischen Voraussetzungen beraubt wird, und ethisch nicht, weil jede auf Massenvernichtungswaffen gestützte Strategie unbestreitbar bei ihrer Anwendung tief fragwürdig bleibt.

Auf der Tagung konnten Alternativen zum gegenwärtigen Wettrü-

sten leider nicht ausführlich genug zur Sprache kommen. Vielleicht hat die Fragestellung der Konsultation und auch der Schlußteil des Referates von C. F. v. Weizsäcker, der eindringlich auf die Notwendigkeit eines radikalen Bewußtseinswandels des in der europäischen Denktradition stehenden heutigen Menschen hinwies, einer Erörterung mehr vordergründiger, pragmatischer Lösungen den Weg versperrt; denn jenes Umdenken ist nur als ein langfristiger Prozeß vorstellbar, der aber Zwischenlösungen nicht ausschließt, sondern nötig macht. Solchen Möglichkeiten, die auch in der Diskussion kirchlicher Gruppen eine Rolle spielen, müßte also von der Kirche im Zusammenwirken mit den Sachverständigen nochmals weiter nachgegangen werden. Zwar war man sich auf der Tagung wohl darüber einig, daß die von manchen jener kirchlichen Gruppen in Anlehnung an eine einseitige Interpretation des Satzes in der Programm-Entschließung von Nairobi »Die Kirchen sollten ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksamere Abrüstung zu drängen« vertretene Forderung von der Kirche nicht als die christlich gebotene Lösung aufgegriffen werden kann, weil ihre Wirkung nur wäre, die Bundesrepublik, also unser Volk im Zentrum Europas, jeder Art von politischer Erpressung und militärischer Unterwerfung auszuliefern, d. h. es seiner Selbstbestimmung zu berauben. Aber es gibt andere Vorschläge, die als Alternativen zum gegenwärtigen, höchst labil gewordenen Abschreckungssystem einer gründlichen Diskussion fähig und bedürftig sind.*

3. Maßnahmen militärischer Verteidigung werden gerechtfertigt durch die Aufgabe des Staates, seinen Bürgern Schutz und Sicherheit zu gewährleisten, auch gegen Fremdherrschaft. Ein solches Sicherheitsbedürfnis der Bürger, das zugleich den Anspruch auf Bewahrung der kulturellen Identität und politischen Selbstbestimmung in sich schließt, ist ethisch einsichtig und wurde auch in der Konsultation des ÖRK in Glion II im Prinzip als legitim nicht bestritten.

* C. F. v. Weizsäcker hat in seinem Buch »Wege in der Gefahr« (2. Aufl. 1976) nicht nur seine eigene Auffassung ausführlich begründet, sondern nachdrücklich auch auf die von H. Afheldt und E. Spannochi entwickelten Modelle anderer Verteidigungssysteme hingewiesen.

Zum Problem wird es – abgesehen von den hier nicht zu erörternden Fragen der inneren Sicherheit – wenn im Zusammenleben der Völker in konflikträchtigen Zonen die als Sicherheitsvorkehr begründeten Rüstungsmaßnahmen des einen Staates von anderen benachbarten Staaten und Völkern als Bedrohung ihrer Sicherheit empfunden werden. Dies führt dann zu einem verhängnisvollen Rüstungswettlauf. Die aus diesem Dilemma folgende Frage, wo die Grenze zwischen der Befriedigung eines legitimen Sicherheitsbedürfnisses und einer andere Staaten und Völker bedrohenden und diese zur Rüstungssteigerung anreizenden Rüstung verläuft, läßt sich generell kaum beantworten; sie ist außerdem in der gegenwärtigen politischen Diskussion in der Bundesrepublik mit einem Streit darüber verquickt, ob sich ausmachen lasse, ob ein Rüstungssystem als solches nur defensiven oder auch offensiven, aggressiven Charakter trage. Aber auch auf diese Frage gibt es, wie die Aussprache auf der Tagung zeigte, keine eindeutige waffentechnische Antwort. Die Beantwortung dieser Frage wird von der Beurteilung der politischen Lage bestimmt.

Für die politische Ethik und die Haltung der Kirche dürfte sich daraus ergeben, daß sie, ohne ein Sicherheits- und ein ihm entsprechendes Verteidigungsbedürfnis von vornherein und radikal abzulehnen, nach anderen Möglichkeiten der Befriedung Ausschau halten muß, die eine Bedrohung des Nachbarn ausschließen. Hierher gehören alle Maßnahmen, die in dem ideologisch zerklüfteten und politisch gespaltenen Europa der Entspannung dienen können; von ihnen ist im folgenden noch zu sprechen. Hierher gehören alle Maßnahmen zur Verstärkung der völkerrechtlichen Ordnung und ihrer entsprechenden Methoden einer friedlichen Lösung von Konflikten. Als Beispiel solcher Methoden sei der auf der KSZE-Konferenz von der Schweizer Delegation vorgebrachte, aber von der Konferenz nicht zu Ende behandelte Vorschlag einer Vorschaltung schiedsgerichtlicher Verfahren in Konflikten zwischen europäischen Staaten genannt.

4. Das Sicherheitsbedürfnis erhält in Europa eine besonders ausgeprägte Verstärkung durch den den Kontinent durchziehenden ideologischen Gegensatz der großen Machtblöcke, aber überdies auch durch bittere geschichtliche Erfahrungen der europäischen Völker

im 20. Jahrhundert und durch die zwei Weltkriege. Im Verhältnis der Bundesrepublik zu den Völkern Westeuropas ist es im Laufe der letzten 30 Jahre gelungen, diese Erfahrungen zwar nicht vergessen zu machen, aber soweit zu entschärfen, daß sie das künftige Zusammenleben nicht mehr bedrohen und infrage stellen. Gegenüber den Völkern Osteuropas, namentlich auch der Sowjetunion, ist diese Aufgabe der Entschärfung in der Bundesrepublik noch keineswegs allgemein anerkannt, geschweige denn ernstlich in Angriff genommen. Die Gründe dafür sind hier nicht im einzelnen zu entwickeln. Aber es stellt sich die Frage, ob an dieser Stelle nicht eine in der deutschen Öffentlichkeit von Politikern schwer zu überwindende Tabu-Zone besteht, an deren Aufhellung die Kirche arbeiten könnte und müßte. Das hieße, wie bei der Konsultation hervorgehoben wurde, beispielsweise, daß zu überlegen wäre, der deutschen Öffentlichkeit einige Gründe für das Rüstungsverhalten der Sowjet-Union verständlich zu machen: Die Erinnerung an die mehrfachen Invasionen vom Westen her, die erst in der Tiefe des russischen Raumes unter schweren Opfern abgefangen werden konnten, und die Sorge vor einer Zwei-Fronten-Lage scheinen dabei dort mindestens so sehr ins Gewicht zu fallen wie das bei uns meistens genannte Ziel einer kommunistischen Weltrevolution. Die von der Überlegenheit der sowjetischen Rüstung in Europa ausgehende Gefahr soll durch solche Argumente keineswegs verharmlost werden, aber eine Besinnung auf diese realen Gründe könnte den Rückhalt in der öffentlichen Meinung für alle Bemühungen um Entspannung stärken. Solcher Bemühungen bedarf es, um dem tiefsitzenden Mißtrauen, ja der Angst zu begegnen, die das Verhältnis der Völker Europas im Ost/West-Gegensatz bis heute auf beiden Seiten bestimmt beherrschen. Die Frage, was geschehen kann, um diesen schwer wägbaren psychischen, aber politisch höchst wirksamen Einflüssen beizukommen, ist auf der Tagung gesehen und verhandelt worden und sollte mit großer Sorgfalt weiter überlegt werden. Die Regierungsvertreter haben geltend gemacht, daß schon das Faktum fortgesetzter Verhandlungen über Schritte zur Rüstungskontrolle geeignet sei, Brücken des Vertrauens zu schaffen und zu erhalten. Das war ein wertvoller Hinweis, auch wenn man sich über die Belastungsfähigkeit dieser Brücken im Konfliktfall keine Illusionen machen wird.

Jedenfalls ist hier ein Feld, auf dem auch der Kirche im eigenen Volk und im Rahmen ihrer ökumenischen Verbindungen eine eigene ständige Aufgabe mit Möglichkeiten planvollen Handelns zufällt. Daß sich die Aufgabe zugleich nach innen und nach außen richtet, folgt aus der Erfahrung, daß Vertrauen nur erzeugen kann, wer selbst bereit ist, zu vertrauen. Dauer und Bestand gegenüber den unausweichlichen Belastungsproben kann das hier gemeinte Vertrauen allerdings nur haben, wenn es nicht einer politischen Naivität und unüberlegter Vertrauensseligkeit entspringt, sondern den nicht zu übersehenden berechtigten Anlässen und Gründen des Mißtrauens abgerungen ist.

5. Alle hier erörterten Maßnahmen einer kirchlichen Bemühung um Entspannung und Abrüstung stehen im Dienst der Aufgabe, die Bedingungen für die Erhaltung des Friedens zu sichern und zu stärken. Sie sind damit Bestandteil des umfassenden Zusammenhangs einer Friedensethik, die hier nicht entfaltet werden kann. Nur auf drei Gesichtspunkte, die auf der Tagung eine Rolle gespielt haben, muß noch aufmerksam gemacht werden.

a) Es geht einmal um die Methoden der Öffentlichkeitsarbeit der Kirche und um das Verständnis dieser Arbeit als Teil der von ihr und ihren Gemeinden zu leistenden Friedenserziehung. Mit beiden Stichworten sind zwar sehr weite Problemfelder bezeichnet, die auf der Tagung nur berührt, nicht näher behandelt werden konnten. Sie verdienen aber, zum Gegenstand einer eigenen Tagung mit Sachverständigen gemacht zu werden, um auch die mancherlei ideologischen Verkrustungen, die sich im letzten Jahrzehnt um den Begriff der »Friedenserziehung« gebildet haben, wieder aufzubrechen und darauf unbefangener zur Aufgabe selbst kommen zu können.

b) Die Aussprache auf der Tagung hat auch gezeigt, daß die Kirche, wenn sie sich auf das Programm des ÖRK gegen Militarismus und für Abrüstung einläßt, notwendig in eine neue Phase der inneren Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik um Kriegsdienstverweigerung oder »Friedensdienst mit und ohne Waffen« und, dahinter, um die Weitergeltung der Heidelberger Komplementaritäts-Thesen zur Atomwaffenfrage geraten wird. Das neueste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Gewissensprüfung der Kriegs-

dienstverweigerer macht ja ohnedies die Auseinandersetzung über diese Fragen neu erforderlich. Auf der Tagung konnten sie nur als Merkposten festgehalten werden. Aber auf der Tagesordnung der Kirche werden sie bleiben.

c) Die letzte und schwerste Aufgabe, die der christlichen Friedensethik nach dem Verlauf der Tagung gestellt ist, ist die von C. F. v. Weizsäcker vorgetragene Überlegung zu einem Bewußtseinswandel in den Völkern und Menschen Europas, ohne den nach seiner Überzeugung alle pragmatischen Maßnahmen zur Kriegsverhütung auf kürzere oder längere Sicht erfolglos bleiben werden. So stark der Eindruck war, den diese These bei den Teilnehmern hinterließ, so wenig war die Tagung nach ihrem Arbeitsprogramm und ihrer Zusammensetzung geeignet, diese Forderung weiter zu verfolgen. Hier ist auch von einem bloßen Apell an oder von kirchlichen Leitungsorganen nichts zu erwarten. Es handelt sich auch nicht um eine an sich selbstverständliche Aufgabe wissenschaftlicher Theologie, da die Forderung von Weizsäckers gerade auch die Voraussetzungen abendländischer Wissenschaft in Frage stellt.

Die in der Ökumene aufgebrochene Diskussion um »Spiritualität« spricht, wenn auch zum Teil in anderen Zusammenhängen, dasselbe Problem an. Dabei wäre zu bedenken, wie christlicher Glaube sich zu wissenschaftlicher Rationalität verhält, was ihn letztlich begründet und hervorruft und in welcher Weise er das Leben der Christen bestimmend und gestaltend zu erneuern vermag. Die Kirche wird insgesamt den Mut und die Kraft suchen müssen, dem Glauben an das Wort, daß »Gott alles in allem ist«, auch in dieser Frage Gestalt zu geben.

6. Abschließend sei noch ein Vorschlag angeführt, wie die zu erwartende innerkirchliche Diskussion gestützt werden könnte. Es ist der Vorschlag, für die Gliedkirchen und die Gemeinden mit ihren Diskussionsgruppen eine Handreichung auszuarbeiten, die in möglicher Kürze und Übersichtlichkeit eine Bestandsaufnahme kirchlicher Aktivitäten und Überlegungen, eine Übersicht über die Abrüstungsdiskussion, – ihre Problembereiche, Positionen, Argumentationen und Schwerpunkte für den kirchlichen Bereich – mit Auszügen der wichtigsten Materialien zusammenfaßt.

C. Quellennachweis

Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1: Frieden, Versöhnung und Menschenrechte, Gütersloh: GTB – Siebenstern 1978 (GTB 413–414).

Howe, Günter (Hg.), Atomzeitalter – Krieg und Frieden, Berlin u. a. O.: Ullstein 1963 (Ullstein Taschenbuch 614).

Walther, Christian (Hg.), Atomwaffen und Ethik. Der deutsche Protestantismus über die atomare Aufrüstung 1954–1961, München: Kaiser 1981.

Krüger, Hanfried/Müller-Römheld, Walter (Hg.), Bericht aus Nairobi 1975, Frankfurt/M.: Lembeck 1976.

Weitere Dokumente sowie die Texte der in Teil III,3 genannten Initiativen sind in folgenden Arbeitsheften enthalten:

Arbeitsheft Friedenswoche 1981 der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Bezugsquelle: Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Paulusplatz 1, 6100 Darmstadt.

Zum Frieden berufen. Dokumente, Initiativen, Streitfragen. Arbeitshilfe zur Woche des Friedens in der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche. Bezugsquelle: Breklumer Druckerei Manfred Siegel, Husumer Str. 44, 2257 Breklum.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.), Aktionshandbuch 2 Frieden schaffen ohne Waffen, Bornheim-Merten: Lamuv 1981.

Mitglieder der Kammer
der Evangelischen Kirche in Deutschland
für Öffentliche Verantwortung

- Dr. Helmut Begemann*, Vizepräsident, Bielefeld
Johann Philipp Frhr. von Bethmann, Bankier, Frankfurt
Heinz Georg Binder, Prälat, Bonn
Dr. Axel Frhr. von Campenhausen, Staatssekretär a. D., Professor,
Hannover
Dr. Erhard Eppler, Bundesminister a. D., MdL, Stuttgart
Liselotte Funcke, Minister a. D., Bundesbeauftragte für die Integra-
tion ausländischer Arbeitnehmer, Bonn
Dr. Dietrich Goldschmidt, Professor, Berlin
Martin Grüner, Parlamentarischer Staatssekretär, Bonn
Dr. Roman Herzog, Minister des Innern, Professor, Stuttgart
Dr. Martin Honecker, Professor, Bonn
Dr. Wolfgang Huber, Professor, Marburg
D. Dr. Hermann Kunst, DD, Bischof i. R., Bonn
Dr. Ruth Leuze, Landesbeauftragte für den Datenschutz, Stuttgart
Dr. Christoph Link, Professor, Göttingen
D. Hans Philipp Meyer, Vizepräsident, Hannover
Konrad Porzner, Staatssekretär, Bonn
Dr. Trutz Rendtorff, Professor, München, (Vorsitzender)
Paul Rieger, Kirchenrat, München
Dr. Ulrich Scheuner, Professor, (verstorben 25. 2. 1981)
Dr. Klaus Schlaich, Professor, Bonn
Dr. Jürgen Schmude, Bundesminister der Justiz, Bonn
Friedrich Vogel, Minister a. D., MdB, Bonn
Dr. Richard Frhr. von Weizsäcker, Regierender Bürgermeister,
Berlin
D. Erwin Wilkens, Vizepräsident i. R., Hannover
Dr. Horst Zilleßen, Universitätspräsident, Oldenburg
Geschäftsführer:
Rüdiger Schloz, Oberkirchenrat, Hannover